



Innenausschuss

29. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

14. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:37 Uhr bis 16:11 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW <i>(beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])</i> | 7 |
| 2 | Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes | 11 |
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8026 – Neudruck

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzhörung durchzuführen und sich in der Obleuterunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 16 siehe nöAPr 18/66

3 Häuslicher Gewalt wirkungsvoll begegnen – Schutzmaßnahmen für Betroffene ausbauen und verbessern 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8125

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/8210

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzhörung durchzuführen und sich in der Obleuterunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

4 Wehret den Anfängen – Kinder- und Jugendkriminalität mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnen 13

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8120

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzhörung durchzuführen und sich in der Obleuterunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

5 Verwaltungsvereinbarung für das Vorhaben Digitale Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz (DAPJ) im Rahmen der Digitalisierungsinitiative für die Justiz (Verwaltungsvereinbarung DAPJ) 14

Vorlage 18/2276
Drucksache 18/8189

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 An Moscheegemeinden gerichtete Hassbotschaften in Bielefeld, Münster und Gelsenkirchen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2284

– Wortbeiträge

7 Verfall von Mehrarbeitsstunden bei der Polizei *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2271

– Wortbeiträge

8 Welche Maßnahmen werden gegen eine drohende Ausbreitung der Droge Fentanyl in Nordrhein-Westfalen ergriffen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2383

– Wortbeiträge

9 Messerattacke eines Mannes auf zwei Kinder in Duisburg *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **25**

In Verbindung mit:

Duisburg: Messerattacke an Grundschule *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2398

– Wortbeiträge

- 10 Wie soll ein reibungsloser Abtransport von Brennelementen des Forschungsreaktors Jülich sichergestellt werden?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2389
- keine Wortbeiträge
- 11 Was beinhaltet die neue Fachstrategie Verkehr in Nordrhein-Westfalen?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2377
- keine Wortbeiträge
- 12 Erfolgreicher Schlag gegen Crimemarket** *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])* **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2376
- Wortbeiträge
- 13 Silvester 2022/2023 – Ein Jahr danach: Wie sieht die Bilanz aus?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2375
- Wortbeiträge
- 14 Silvesternacht 2023/2024: Wie schlimm war es diesmal?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2388
- Wortbeiträge

- 15 Meinerzhagen: Jugendlicher verstirbt, weil er Streit schlichten wollte – Was sind die Hintergründe?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2393
- Wortbeiträge
- 16 Oberhausen: Ukrainer sterben nach Messerattacke – Ermittler haben einen neuen Verdacht** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/117
- wird heute nur nichtöffentlich behandelt; s. nöAPr 18/66
- 17 Bahnhöfe in NRW – Orte der Gewalt – Wie sieht die Entwicklung aus?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2386
- Wortbeiträge
- 18 Bedburg-Hau: Brandkatastrophe in einem Seniorenheim – Was sind die Fakten?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 7])* **53**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 19 Fortschritte im Kampf gegen Geldautomatensprenger** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **55**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 20 Verschiedenes** **59**
- hier: **Verfassungsschutzbericht 2023**

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])

Vorsitzende Angela Erwin: Das Thema der Aktuellen Viertelstunde lautet „Bielefeld: Hinrichtung auf offener Straße – Was sind die Hintergründe?“.

Minister Herbert Reul (IM): Sie haben zu dem Vorfall in Bielefeld um einen Bericht gebeten. Das Wichtigste zu diesem Ereignis stand schon in der Zeitung, es gibt also ein paar Wiederholungen.

Am frühen Abend des vergangenen Samstags, kurz nach 18 Uhr, kam es zu mehreren Schüssen. Ein 38-jähriger Bielefelder wurde dadurch getötet. Eine solche Gewalttat lässt Angehörige und Freunde natürlich fassungslos zurück. Eine solche Tat beschäftigt auch die Öffentlichkeit, und es wird vermutlich niemals jemand verstehen, warum Menschen mit Messern und Schusswaffen auf den Straßen unserer Städte unterwegs sind. Waffen haben da nichts zu suchen – und deswegen werde ich mich damit auch nie abfinden.

Zum aktuellen Sachstand: Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen noch auf Hochtouren. Die Tat ist ja noch nicht einmal eine Woche her. Im Polizeipräsidium in Bielefeld wurde die Mordkommission „Ober“ eingerichtet. Dort sitzen rund ein Dutzend Ermittler und Ermittlerinnen an diesem Fall. Heute kann ich Ihnen sagen: Das Opfer parkte sein Fahrzeug am letzten Samstag in der Nähe des späteren Tatorts. Anschließend ging der Mann in Richtung eines nahe gelegenen Geschäfts. Noch bevor er den Laden betreten hatte, wurde er durch den oder die Täter auf offener Straße erschossen. Weitere Personen wurden Gott sei Dank nicht verletzt. Die Täter sind geflüchtet. Obwohl ein Notarzt den 38-Jährigen behandelt hat, ist er noch vor Ort verstorben. Die Obduktion ergab, dass multiple Schussverletzungen, unter anderem Lungendurchschüsse, zum Verbluten geführt haben. Der Tatort wurde gesichert und untersucht. Es gab insgesamt 16 Patronenhülsen, Kaliber 9 mm. Zehn Projektile und ein Pistolenmagazin wurden sichergestellt. Es gibt Augenzeugenberichte zu den Tätern. Die beiden waren unmaskiert.

Im Rahmen der sofort eingeleiteten Einsatz- und Fahndungsmaßnahmen wurden noch in der Nacht zum Sonntag mehrere Wohnungen durchsucht. Dabei wurde auch auf Spezialeinheiten unserer Polizei Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen. Trotz aller Maßnahmen konnten die zwei in den Fokus geratenen Tatverdächtigen bisher nicht festgenommen werden. Selbstverständlich wurde bereits Haftbefehl wegen Mordes erlassen. Staatsanwaltschaft und Polizei haben bereits vorgestern, also am Dienstag, 12. März, eine Öffentlichkeitsfahndung in die Wege geleitet.

Bei den nun öffentlich gesuchten Tatverdächtigen handelt es sich um zwei 33-jährige Männer aus Bielefeld. Der eine ist Deutsche, der andere ist Iraker. Die Hintergründe und das Motiv der Tat sind derzeit weiterhin Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Insofern müssen wir uns gedulden und den Ermittlerinnen und Ermittlern die Zeit lassen, die sie für die Aufklärung brauchen.

Was ich Ihnen schon sagen kann: Sowohl die beiden Beschuldigten als auch der Verstorbene sind polizeilich bekannt – dazu konnte man in der Presse schon das eine oder andere lesen. Der Getötete hatte im Februar eine Anzeige wegen Nachstellung bei der Polizei Bielefeld erstattet. Zu der für die Folgewoche anberaumten Vernehmung bei der Polizei Bielefeld ist er ohne Angabe von Gründen nicht erschienen. Zu einem neuen, für den 11. März vereinbarten Gesprächstermin kam es dann nicht mehr. Ob dieses Verfahren tatsächlich, wie gerade öffentlich spekuliert wird, im Zusammenhang mit der Tötung steht, ist noch völlig unklar. An solchen Spekulationen können und werden wir uns nicht beteiligen. Sie können aber sicher sein: Die Mordkommission rollt jetzt die Vergangenheit, die früheren Verfahren der Tatverdächtigen und des Opfers auf und schaut sich das genau an. Dafür braucht es allerdings Zeit.

Das ist das, was ich aktuell weiß und zu dem Fall sagen kann. Es gibt einen Bericht der sachleitenden Justiz, der gerne vorgelesen werden kann, wenn Sie das möchten. Da steht aber eigentlich auch nicht mehr drin als das, was ich gerade zusammengefasst habe.

Markus Wagner (AfD): Mir geht es zunächst um die beiden Tatverdächtigen, von denen ja bereits Fotos veröffentlicht worden sind, also eine Öffentlichkeitsfahndung läuft. Mich würde interessieren, welche Erkenntnisse zu diesen Tatverdächtigen vorliegen, beispielsweise hinsichtlich des kriminellen Milieus, in dem sie sich bewegt haben. Handelt es sich um das Clanimilieu? Handelt es sich um organisierte Kriminalität? Ist da irgendetwas bekannt? Gleiches gilt natürlich auch für das Opfer, das sich laut Presseberichten im kriminellen Milieu bewegt haben soll. Hier würde mich interessieren, in welchem Bereich des kriminellen Milieus sich das Opfer bewegt hat.

Minister Herbert Reul (IM): Ich kann dazu nichts ausführen. Nicht, weil wir das nicht wissen, sondern weil wir das hier nicht öffentlich vortragen dürfen.

Marc Lürbke (FDP): Das ist, egal, was die Beweggründe waren, schon ein herausragender Fall. Dass unmaskiert am helllichten Tag auf offener Straße in einer Fußgängerzone eine Hinrichtung durchgeführt wird, erzeugt natürlich große Sorge in Bielefeld. Ich komme aus Ostwestfalen-Lippe und bekomme das mit: Das macht wirklich vielen Menschen Sorgen – was ich sehr gut nachvollziehen kann. Ich glaube, es wäre ein großer Fehler, wenn man die Situation kleinreden würde – so habe ich Sie aber auch nicht verstanden. Man muss jetzt erst mal abwarten, was wirklich hinter den Taten steht. Offenbar gibt es aber immer mehr skrupellose Taten.

Das Opfer, dieser Boxer, hatte sich ja vor Monaten selbst bewaffnet, weil er sich nach eigenen Angaben vor den Hells Angels bedroht fühlte. Können Sie etwas zur Situation der Rockerkriminalität bzw. zu den Hells Angels in Bielefeld sagen? Gibt es da schon Ermittlungsansätze? Wenn Sie nichts Konkretes zu der Situation sagen können, dann ja vielleicht etwas Allgemeines zu den Hells Angels vor Ort.

Auch der Einsatz von Schusswaffen bereitet mir Sorgen – darüber haben wir hier im Ausschuss schon mehrfach diskutiert. Gerade in den letzten Wochen gab es mehrere Fälle von Schusswaffeneinsatz mit oftmals tödlichen Folgen: in Köln mit Verbindungen

zum Rockermilieu, in Dortmund, vor drei Wochen an der B 67 im Münsterland, in Düsseldorf, in Hagen. Sehen Sie eine Zunahme beim Einsatz von Schusswaffen? Ich habe das schon einmal gefragt, weil man immer wieder Medienberichte und Expertenaussagen dazu hört: Gibt es Erkenntnisse, dass scharfe Schusswaffen nicht nur über die Balkanroute, sondern auch aus der Ukraine nach Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen gebracht werden? Hat sich da etwas verändert?

LKD Peter Mosch (IM): Herr Wagner, ich kann es natürlich grundsätzlich verstehen, dass es Fragen gibt, die sich konkret auf diesen Sachverhalt beziehen. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass die Ermittlungen noch ganz frisch sind. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten natürlich mit Hochdruck, haben aber auch vieles zu berücksichtigen. Wir dürfen jetzt auf keinen Fall in den spekulativen Bereich gehen. Wir haben einen Verstorbenen. Dass die Tat als unfassbar besorgniserregend empfunden wird, kann ich total nachvollziehen, das ist überhaupt keine Frage.

Wir haben einen Verstorbenen, und wir haben zwei flüchtige Tatverdächtige. Alles, was wir über die Motivlage versuchen, zu ergründen, muss natürlich ein Stück weit spekulativ bleiben, weil wir es einfach noch nicht genau wissen. Ob da eine Vorbeziehung oder andere Beweggründe, vielleicht teilweise im Privaten liegend, oder Betäubungsmittel, Waffen, irgendwelche anderen Dinge, eine Rolle gespielt haben, ist alles spekulativ. Daran sollten wir uns nicht beteiligen, sondern stattdessen ganz vorsichtig sein und die Ermittlungen abwarten. Bei allem Verständnis für eine Aktuelle Viertelstunde, weil der Fall so herausragend ist, müssen wir aufpassen, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Ich bitte um Verständnis, dass wir vonseiten der Justiz nachdrücklich gebeten wurden, im Moment keine Hintergründe zu schildern. Sie hatten gerade nach Vorerkenntnissen usw. gefragt. Dazu dürfen und können wir im Moment noch nichts sagen, weil wir gar nicht wissen, ob das irgendeine Rolle spielt. Das würde ich voranstellen wollen.

Herr Lürbke, Sie hatten nach Bezügen zu den Hells Angels gefragt. Die Antwort ist identisch: Dazu kann ich nichts sagen. Es wäre spekulativ, ob das irgendeine Rolle spielt. Die Lage hinsichtlich der Hells Angels in Ostwestfalen-Lippe war in den letzten Monaten nicht auffällig. Das kann ich sagen, weil das eine allgemeine Antwort ist, die sich nicht auf den Sachverhalt bezieht. Mehr kann ich an der Stelle aber nicht sagen.

Sie hatten auch nach Statistiken gefragt. Zu einer etwaigen Zunahme beim Einsatz von Schusswaffen habe ich jetzt natürlich keine Zahlen vorliegen. Uns fallen die einzelnen Sachverhalte aber natürlich auch auf. Leiten wir daraus ab, dass wir jetzt ein generelles Problem haben, das es vorher nicht gab? Nein.

Sie haben danach gefragt, wie die Waffen nach Deutschland kommen. Über die Balkanroute, aus Kriegsgebieten wie jetzt der Ukraine – das ist natürlich denkbar. Vielleicht ist es sogar naheliegend, dass Menschen, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen, irgendetwas mit sich führen. Das ist also möglich, das ist aber nichts, was wir irgendwie belegen könnten, was uns bisher in irgendeiner Form statistisch aufgefallen wäre.

Christina Kampmann (SPD): Die Tat hat in Bielefeld auch deshalb für so viel Aufsehen gesorgt, weil sie nicht an einem Kriminalitätsschwerpunkt passiert ist, sondern – so hat es eine Zeitung geschrieben – in der guten Stube, nämlich in der Bielefelder Altstadt. Ich hätte noch eine Frage – ich weiß nicht, ob Sie dazu etwas sagen können –: Gibt es mit Blick auf die Täter irgendwelche Hinweise bzw. Anhaltspunkte, dass ein Bezug zur organisierten Kriminalität vorliegt?

LKD Peter Mosch (IM): Sehr geehrte Frau Kampmann, das können wir nicht sagen, das wissen wir noch nicht. Es ist Gegenstand der Ermittlungen, ob das OK ist.

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8026 – Neudruck

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss – federführend –, den Haushalts- und Finanzausschuss sowie den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 28.02.2024)

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzhörung durchzuführen und sich in der Obleuterunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

3 Häuslicher Gewalt wirkungsvoll begegnen – Schutzmaßnahmen für Betroffene ausbauen und verbessern

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/8125

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 18/8210

(Überweisung des Antrags und des Entschließungsantrags an den Innenausschuss – federführend –, den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie den Rechtsausschuss am 28.02.2024)

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzhörung durchzuführen und sich in der Obleserunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

4 Wehret den Anfängen – Kinder- und Jugendkriminalität mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8120

(Überweisung des Antrags an den Innenausschuss – federführend –, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, den Rechtsausschuss sowie den Ausschuss für Schule und Bildung am 28.02.2024)

Der Ausschuss kommt überein, eine Präsenzanhörung durchzuführen und sich in der Obleserunde auf deren Modalitäten zu verständigen.

5 **Verwaltungsvereinbarung für das Vorhaben Digitale Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz (DAPJ) im Rahmen der Digitalisierungsinitiative für die Justiz (Verwaltungsvereinbarung DAPJ)**

Vorlage 18/2276

Drucksache 18/8189

(Zuleitung der Vorlage an den Rechtsausschuss – federführend – sowie den Innenausschuss am 26.02.2024)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 An Moscheegemeinden gerichtete Hassbotschaften in Bielefeld, Münster und Gelsenkirchen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2284

Christina Kampmann (SPD) hebt hervor, dass derartige Anfeindungen die muslimische Gemeinschaft in Angst und Schrecken versetzten, weshalb es nun gelte, sich gemeinsam geeignete Schutzmaßnahmen zu überlegen.

Lägen in dieser Sache mittlerweile Ermittlungsergebnisse vor? Ziehe das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen eine von der muslimischen Gemeinschaft unter anderem geforderte verstärkte Polizeipräsenz vor betroffenen Moscheen in Erwägung? Welche Maßnahmen würden mit Blick auf das bundesweite Auftreten derartiger Fälle auf nationaler Ebene erwogen?

Sich auf den vorliegenden Bericht beziehend, möchte **Dr. Christos Katzidis (CDU)** wissen, ob das darin erwähnte Ablaufen einer Speicherfrist einen Ermittlungsansatz zum Erliegen gebracht habe.

LKD Markus Gemünd (IM) bejaht die Frage seines Vorredners und antwortet seiner Vorrednerin wie folgt: Zu neuen Fällen sei es seit dem erstmaligen Aufrufen dieses Tagesordnungspunkts am 22. Februar 2024 nicht gekommen, und wesentliche neue Erkenntnisse lägen nicht vor. Insgesamt gebe es bislang 390 derartiger Taten in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus viele weitere bundesweit.

Die automatisierten Bestellverfahren ermöglichten es, online innerhalb weniger Minuten Dutzende von Bestellungen bei verschiedenen Lieferdiensten aufzugeben, wobei die Täter zur Anonymisierung unter anderem VPN-Verbindungen nutzten. Einerseits werde nur ein Bruchteil der Bestellungen auch wirklich ausgeliefert, andererseits liefen die Ermittlungen häufig ins Leere.

Die Polizei stehe in engem Austausch mit den betroffenen Moscheegemeinden, und die zuständigen Kreispolizeibehörden nähmen gegebenenfalls Gefährdungsbewertungen vor und veranlassten entsprechende Maßnahmen. Allerdings beträfen diese Taten nicht nur Moscheegemeinden, sondern auch eine Vielzahl von anderen Einrichtungen, etwa türkische Kulturvereine, und teilweise auch Privatpersonen.

Auf Bundesebene fänden umfangreiche Abstimmungen mit den Sicherheitsbehörden zu den gewonnenen Erkenntnissen und den veranlassten Maßnahmen statt. Zudem eruiere das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Lieferdiensten technische Möglichkeiten zur automatisierten Blockierung der in Rede stehenden Hassbotschaften, auch weil durch diese nicht nur die eigentlichen Opfer, sondern letztlich auch die betroffenen Gastronomen geschädigt würden.

Darauf hinweisend, dass es seit Oktober 2023 bundesweit zu Beleidigungen bzw. Hetze mittels der Kommentarfelder von Lieferdiensten komme, möchte **Dr. Julia Höller (GRÜNE)** wissen, ob die Landesregierung schon damals Maßnahmen ergriffen habe, um sowohl Moscheegemeinden als auch Lieferdienste in dieser Hinsicht zu sensibilisieren.

LKD Markus Gemünd (IM) legt dar, dass man – wie bereits ausgeführt – sowohl mit den Moscheegemeinden als auch mit den Lieferdiensten im engen Austausch stehe, wobei es dabei unter anderem um Präventionsansätze und technische Gegenmaßnahmen gehe.

7 Verfall von Mehrarbeitsstunden bei der Polizei (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2271

Obwohl schon für die vorige Ausschusssitzung vorgesehen, handle es sich nach wie vor um ein aktuelles Thema, befindet **Christina Kampmann (SPD)**. Vorliegendem Bericht könne man entnehmen, dass polizeiliches Tun von unvorhersehbaren Einsatzlagen geprägt sei, weshalb sich Überschreitungen der eigentlichen Wochenarbeitszeiten nicht vermeiden ließen. Sie betrachte es als schwierig, dass Minister Herbert Reul (IM) es einfach hinnehme, dass Polizistinnen und Polizisten unbezahlte Mehrarbeit leisten müssten. Er möge endlich sein Versprechen umsetzen, dass unter ihm keine Überstunde verfalle. Stattdessen aber verweise er ständig auf die vorgebliche Unverrückbarkeit der Bagatellgrenze und gebe die Schuld dafür dem Landesrechnungshof. Dabei könnte die schwarz-grüne Landesregierung § 61 Landesbeamtengesetz, den politischen Willen vorausgesetzt, sehr wohl entsprechend ändern.

Zwischen 2016 und 2022 müsse bei den sonstigen Stunden ein Anwachsen um 1,5 Millionen Stunden verzeichnet werden, was unter dem Strich bedeute, dass nicht einmal ein Viertel der von Minister Herbert Reul (IM) behaupteten Stunden abgebaut worden sei.

Wie all das aufgenommen werde, lasse sich übrigens auch den Reaktionen auf den im vorliegenden Bericht erwähnten Blog entnehmen.

Marc Lürbke (FDP) erinnert an die vergangenen, gegenwärtigen und anstehenden Belastungen für die Polizistinnen und Polizisten – Silvester, Karneval, Demonstrationen, unter anderem im Zusammenhang mit dem Israel-Palästina-Konflikt, Fußballeuropameisterschaft –, die sich zu einer Dauermehrbelastung kumulierten.

Ähnlich wie seine Vorrednerin rate er Minister Herbert Reul (IM) davon ab, sich für einen Rückgang bei den Überstunden zu feiern, da es sich de facto nur um eine Aufhübschung handle, die darin bestehe, dass die Überstunden auf anderen Zeitkonten gebucht würden. Nun gelte es, das Vertrauen in ihn als Dienstherrn und sein Versprechen, dass keine Überstunde verfalle, wiederherzustellen. Stattdessen aber verweise er auf die Bagatellgrenze bzw. den Landesrechnungshof, womit er ein völlig falsches Signal sende, was darauf hindeute, dass ihm in dieser Sache sein sonst so feines Gespür für die Stimmung innerhalb der Polizei abhandengekommen sei.

Selbstverständlich bestehe die Möglichkeit, das Landesbeamtengesetz entsprechend zu ändern, aber weil die Bagatellgrenze wohl nicht angetastet werde, müssten die Regelungen zu den Langzeitarbeitskonten angepasst werden, sodass sie mehr Flexibilität ermöglichen. Beabsichtige die Landesregierung, in dieser Hinsicht tätig zu werden?

Seinen Ausführungen voranstellend, sich beim Thema „Bagatellgrenze“ dem bereits Gesagten anzuschließen, fährt **Markus Wagner (AfD)** mit folgenden Fragen fort: Welche

Entwicklungen gebe es hinsichtlich des Krankenstands bei der Polizei, zurückgehend, gleichbleibend oder steigend? Existiere ein Zusammenhang zwischen Krankenstand und Mehrbelastung bzw. Überstunden?

Bezug nehmend auf die Worte von Christina Kampmann (SPD), betont **Minister Herbert Reul (IM)**, nichts einfach hinzunehmen, sondern sich im Gegenteil erwiesenermaßen um auftretende Probleme zu kümmern.

Polizistinnen und Polizisten würden schon im Zuge des regulären Dienstes physisch und psychisch – Stichwort „Kindesmissbrauch“ – überaus beansprucht, die Belastungen durch Mehrarbeit kämen erschwerend hinzu, wobei man über Letzteres schon seit Jahren regelmäßig diskutiere. Das Thema ließe sich in die Aspekte „Bagatellgrenze“, „Mehrarbeitsstunden“ und „sonstige Stunden“ gliedern. Das Versprechen, dafür zu sorgen, dass Mehrarbeitsstunden nicht verfielen, sei im Rahmen des Möglichen eingehalten worden, so habe man das jahrelang – was so in keinem anderen Politikbereich praktiziert werde – mittels Einspruchsverzicht verhindert. Lange hätten der Landesrechnungshof und der Minister der Finanzen gemahnt, dass es auf Dauer nicht so weitergehen könne, aber mittlerweile gebe es das Instrument der Langzeitarbeitskonten. Im vergangenen Jahr seien alle Polizistinnen und Polizisten ausgiebig über ihre Möglichkeiten in dieser Sache informiert worden, und nun gelte es, die Entwicklung abzuwarten. Auch wenn es vielleicht nicht vollständig gelinge, könne man doch darauf hoffen, dass dies zumindest größtenteils geschehe.

Hinsichtlich des Aspekts der Bagatellgrenze bestünden Zweifel, dass man bei Polizeibeamtinnen ein anderes Recht anwenden könne als bei den übrigen Landesbeamten, weshalb das Thema allenfalls im Zuge der Modernisierung des öffentlichen Dienstes insgesamt angegangen werden könne, was allerdings mit Blick auf die gegenwärtige bzw. die zu erwartende Haushaltslage derzeit nicht angemessen erscheine. Man möge sich also diesbezüglicher nicht einlösbarer Versprechen enthalten, da das zu weiterem Vertrauensverlust führe. Darüber hinaus gebe es den nachvollziehbaren Standpunkt, dass die Bagatellgrenze eine gute Möglichkeit darstelle, um Flexibilität zu gewährleisten. Die Gefahr des Verfalls von Überstunden sei insofern überschaubar – was man auch entsprechenden Kommentaren zum erwähnten Blog entnehmen könne –, als dass die Polizistinnen und Polizisten ihre ohnehin anfallenden Überstunden wohl meist so planen könnten, dass sie die Bagatellgrenze von fünf Stunden im Monat nicht unterschritten – wobei das letztlich natürlich Spekulation bleiben müsse.

Die Zahl der sonstigen Stunden sei in der Tat viel zu hoch, allerdings gebe es hier keine Steigerung – wie man im Übrigen auch der Berichterstattung entnehmen könne, im Zuge derer man diese immer angeführt habe. Allerdings könnten auf die sonstigen Stunden in erster Linie die einzelnen Dienststellen Einfluss nehmen, weshalb er selbst sich immer auf die Mehrarbeitsstunden fokussiert habe.

Insgesamt helfe es natürlich – und diesen Ansatz verfolge man aufseiten des Ministerium des Innern –, mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen, sodass sich die anfallende Arbeit breiter verteilen lasse. Zudem könne man prüfen, ob sich mehr Überstunden abfeiern ließen, was im Übrigen dem Recht auf Freizeit entgegenkomme und letztlich auch dem Arbeitsschutz diene, weshalb es auch den Bereich der Fürsorge-

pflicht des Dienstherrn tangiere. Allerdings bestünden in den einzelnen Dienststellen bzw. Tätigkeitsfeldern sicherlich Unterschiede hinsichtlich der Praktikabilität dieser Option.

Die Behauptung, dass der Krankenstand steige, treffe nicht zu, vielmehr stagniere er bei 8 % – auch darüber berichte man regelmäßig. Über die Gründe dafür, warum der Krankenstand trotz der ständigen Belastungen nicht steige, könne man nur spekulieren. Womöglich liege es daran, dass es sich bei Polizistinnen und Polizisten um stabile Persönlichkeiten handle, die sich nicht wegen jeder Kleinigkeit vom Dienst abmelden.

Insgesamt verstehe er nicht, wie man trotz des Wissens um die viele von der Polizei zu bewältigende Arbeit eine Reduzierung der Arbeitszeit verlangen könne. Keinesfalls aber lasse er zu, dass in diesem Zusammenhang Stimmungen geschürt oder Unwahrheiten verbreitet würden.

Marc Lürbke (FDP) empfindet es als Widerspruch, dass sein Vorredner einerseits sage, letztlich nicht zu wissen, wie viele Überstunden wegen der Bagatelldgrenze verfielen, aber andererseits sage, sie mit Blick auf die gegenwärtigen Haushaltsbelastungen nicht abschaffen zu wollen. Schließlich könne er nach dieser Argumentation gar nicht wissen, inwieweit sie eine Entlastung darstelle.

Wie genau solle die Flexibilisierung im Umgang mit den Langzeitarbeitskonten ausgestaltet werden? Betreffe das das Ansammeln oder das Abfeiern von Stunden? Könne es vor Erreichen der Altersgrenze erweiterte Möglichkeiten geben? Wie solle diesbezüglich die Attraktivität gesteigert werden?

Insgesamt sollte ein Minister des Innern vor allem die Belange der Polizistinnen im Blick haben und etwaige Sorgen darüber, wie sein Einsatz etwa bei den Lehrern ankomme, hintenanstellen.

Den letzten Satz seines Vorredners als unfair bezeichnend, fährt **Minister Herbert Reul (IM)** mit der Frage fort, wie irgendjemand sein Engagement für die Polizistinnen und Polizisten ernsthaft in Zweifel ziehen könne. In den vergangenen Jahren habe er für diese sehr viel getan, und zwar sowohl im Rahmen der schwarz-gelben als auch der schwarz-grünen Regierung. Seine diesbezügliche Bilanz könne sich durchaus sehen lassen, gerade auch im Vergleich mit den Jahren davor. Unabhängig davon müsse er als Kabinettsmitglied auch die Gesamtlage im Blick behalten, schon weil er einen Eid geschworen habe, dem Wohle Nordrhein-Westfalens zu dienen. Ein reines Eintreten für Partikularinteressen könnten sich allenfalls Gewerkschaften erlauben.

Nichtsdestotrotz beunruhige auch ihn die große Zahl der Überstunden. Hinsichtlich der Langzeitarbeitskonten wage er noch keine Prognose, da noch nicht einmal alle Zahlen vorlägen. Man müsse also zunächst abwarten und etwaige Verbesserungsmöglichkeiten prüfen, anstatt vorzeitig Vollzug zu melden. Er jedenfalls gehe davon aus, dass es hier noch eine Menge Potenzial gebe. So könnte es in der Tat eine Stellschraube sein, das Ansammeln von noch mehr Stunden zu ermöglichen. In den vergangenen Monaten

sei es aber vor allem darum gegangen, bei den Polizistinnen und Polizisten Skepsis gegenüber diesem Instrument abzubauen und sie zu dessen Nutzung zu animieren.

Christina Kampmann (SPD) hält ihrem Vorredner entgegen, dass dieser sich keinesfalls auf seiner von ihm selbst gelobten Bilanz ausruhen könne. Sie hoffe im Übrigen, dass er mit der Formulierung des Verbreitens von Unwahrheiten nicht die SPD-Fraktion adressiert habe. Dieser gehe es nämlich keinesfalls darum, zu meckern, sondern vielmehr darum, Vorschläge zu unterbreiten und Probleme anzugehen.

Seiner Behauptung, dass es mit Blick auf die Mehrarbeit keine Schwierigkeiten gebe und er sein Versprechen gehalten habe, stehe eine anderslautende Einschätzung vieler Polizistinnen und Polizisten gegenüber. Auch seine Behauptung, dass man einzelne, in besonderer Weise von Mehrarbeit betroffene Berufsgruppen nicht anders als andere behandeln könne, treffe nicht zu, wie eine spezifische Regelung für die Polizei in Hessen zeige. Eine weitere Option stelle die vollständige Streichung der Bagatellgrenze im Landesbeamtengesetz dar.

Minister Herbert Reul (IM) wiederholt seine Zurückweisung des Vorwurfs, dass er irgendetwas einfach hinnehme, vielmehr habe er in den vergangenen Jahren einiges unternommen, um die Mehrarbeit der Polizistinnen und Polizisten zu reduzieren und diesbezüglich in den vergangenen drei, vier Jahren auch große Fortschritte erzielt. So habe er unter anderem die Zahl der eingestellten Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf 3.000 in 2023 gesteigert, obwohl von Teilen der Opposition lange der Standpunkt vertreten worden sei, dass es das nicht brauche.

Nichtdestotrotz falle die Zahl der sonstigen Stunden zu hoch aus, was man aber weder durch Veränderungen hinsichtlich der Bagatellgrenze noch durch eine Reduzierung der Arbeitszeit von Polizistinnen und Polizisten ändern könne – wobei er die Forderung nach Letzterem natürlich verstehe. Eine verstärkte Verlagerung auf Langzeitarbeitskonten könne zwar funktionieren, es müsse aber im Vorfeld abgewogen werden, inwiefern es sich dabei um eine vernünftige Lösung handle. Eine finanzielle Kompensation in Form von Auszahlungen biete sich in diesem Bereich nicht an, weil Polizistinnen und Polizisten sich aus unterschiedlichen Gründen, etwa die Steuern betreffend, meist dagegen entschieden.

Die von seiner Vorrednerin erwähnte Regelung in Hessen gebe es nur dort, auch bei den Bundesbehörden existiere – anders als schon einmal behauptet – nichts Vergleichbares. In Nordrhein-Westfalen sei trotz des Fehlens einer entsprechenden Regelung eine vergleichbare Handhabung praktiziert worden, die der Landesrechnungshof aber angemahnt habe, was in den zuständigen Fachausschüssen von fast allen Fraktionen begrüßt worden sei. Deshalb könne man die nun aufkommenden Klagen nur als Vergießen von Krokodilstränen bezeichnen.

Man gehe in dieser Sache Schritt für Schritt voran und zeige sich keinesfalls zufrieden mit dem bisher Erreichten. Vernünftigen Vorschlägen stehe er offen gegenüber, das Beschimpfen seiner Person helfe in dieser Sache aber nicht weiter, produziere noch nicht einmal mehr Schlagzeilen.

Andreas Bialas (SPD) hebt hervor, dass es zum einen um die Herstellung von Rechtskonformität und zum anderen um die Absenkung bzw. Sicherung von Überstunden gehen müsse.

Sein Vorredner neige dazu, die Legende zu verbreiten, dass erst mit seinem Amtsantritt damit begonnen worden sei, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen. Tatsächlich aber habe der in der Tat dringend benötigte Personalaufwuchs im Jahr 2007, also unter dem Kabinett Rüttgers, begonnen und sei unter den Kabinetten Kraft, Laschet und Wüst fortgeführt worden.

Christina Kampmann (SPD) hält Minister Herbert Reul (IM) vor, zwar um eine rechtssichere Regelung in Hessen zu wissen, aber dennoch nicht den politischen Willen zu haben, für Nordrhein-Westfalen etwas Vergleichbares anzustoßen.

Minister Herbert Reul (IM) betont, dass man über Änderungen hinsichtlich der Bagatellgrenze natürlich diskutieren könne, er selbst das aber aus folgenden Gründen nicht für besonders klug halte: Die Mehrarbeit würde nicht weniger werden, sondern wahrscheinlich sogar zunehmen. Vermutlich erlitten durch die jetzige Regelung nicht besonders viele Polizistinnen und Polizisten Nachteile. Die Finanzierung sei nicht geklärt.

Die Vorstellung, man könne zigtausend Polizistinnen zusätzlich einstellen, ließe sich nicht mit der Realität vereinbaren, allenfalls könne man darüber nachdenken, Polizisten bei bestimmten Aufgaben zu entlasten, um so die Überstunden zu verringern. Allerdings müsse auch da mit Schwierigkeiten bei der Umsetzung gerechnet werden. Den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, erscheine als die plausibelste Lösung, aber es brauche Zeit, bis sich Erfolge einstellen.

Natürlich könne man immer über die Absichten und Maßnahmen des zuständigen Ministers schimpfen, aber die über die Jahre hinweg angehäuften rund 3 Millionen Überstunden verringere man damit nicht.

Marc Lürbke (FDP) möchte wissen, ob es hinsichtlich der schon seit vielen Jahren diskutierten Idee, Polizistinnen und Polizisten bei bestimmten Aufgaben zu entlasten, im Ministerium des Innern neue Ansätze gebe.

Die Frage seines Vorredners verneinend, fügt **Minister Herbert Reul (IM)** an, dass er über etwaige Pläne in dieser Sache aber sowieso erst nach deren Fertigstellung berichten würde, da sie ansonsten ja eh nur vor der Zeit zerplückt würden.

Als Beispiel für die Komplexität dieses Sachverhalts möge folgende Begebenheit dienen: Zu Beginn seiner Amtszeit habe er gefragt, ob man die Zahl der für Objektschutz zuständigen Polizistinnen und Polizisten reduzieren könne. Davon sei er aber abgekommen, nachdem man ihn näher über die zu schützenden Objekte informiert habe; Synagogen zum Beispiel, und der Landtag werde seit einiger Zeit umfassender geschützt als früher.

Nichtsdestotrotz gelte es, derartige Mehrbelastungen für die Polizei zu benennen. Derzeit bemühe er sich in erster Linie darum, im Bereich der Schwerlasttransporte, die

immer noch zu häufig von der Polizei begleitet werden müssten, Entlastungen zu erwirken, was sich aber recht mühsam gestalte. Zwar gebe es mittlerweile die erforderlichen politischen Entscheidungen auf Bundesebene, aber die zuständigen Unternehmen verfügten noch nicht in ausreichendem Maße über fachkundiges Personal, wobei diesbezüglich Gespräche mit dem Verkehrsminister und den IHKs liefen. Von den beiden Modellen „Entlastungen“ und „Einstellungen“ zur Reduzierung von Mehrarbeit priorisiere er aber das letztere.

Im Übrigen handle es sich um eine irriige Annahme, dass die Überstunden nur im Zusammenhang mit Großereignissen wie Demonstrationen oder Fußballspielen anfielen, vielmehr summierten sie sich auch bei den alltäglichen kleineren Einsätzen.

Den einzelnen Kreispolizeibehörden obliege es zudem, die Einstellung zu entwickeln, dass zu bestimmten Zeiten auf einen Teil der Kolleginnen und Kollegen verzichtet und ihnen mehr Freizeit gewährt werden könne, sodass sie weniger Überstunden ansammelten, was letztlich auch ihre Gesundheit schütze.

8 Welche Maßnahmen werden gegen eine drohende Ausbreitung der Droge Fentanyl in Nordrhein-Westfalen ergriffen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2383

Auf die Angabe im vorliegenden Bericht Bezug nehmend, dass der Landesregierung keine grundlegenden Erkenntnisse zur Herstellung von und zum Handel mit Fentanyl sowie zu den Täterinnen und Tätern vorlägen, verweist **Christina Kampmann (SPD)** darauf, dass man gerade im Bereich der Drogenkriminalität den Erkenntnisgewinn aktiv vorantreiben müsse. Deshalb stelle sich die Frage, ob in NRW genug unternommen werde, um Verhältnissen wie in den USA vorzubeugen. Daran schließe sich die Frage an, wie man zu dem im Bericht dargelegten Schluss komme, dass man für NRW keine Verbreitung von Fentanyl erwarte, die mit der in den USA vergleichbar wäre.

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, ob bei der im Zusammenhang mit synthetischen Drogen durchgeführten Großrazzia in Hattingen auch Fentanyl gefunden worden sei.

Außerdem möge seitens des Ministerium des Innern eine Bewertung dazu abgegeben werden, dass man laut eines Artikels in der Rheinischen Post bei 215 in einem Düsseldorf Konsumraum durchgeführten Tests siebenmal positive Ergebnisse erzielt und zweimal Fentanyl nachgewiesen habe. Wie passe das mit der Einschätzung zusammen, dass man für NRW keine mit den USA vergleichbare Entwicklung erwarte? Schließlich wisse man, dass dort entstehende Trends zeitlich verzögert auch hier aufträten, was befürchten lasse, dass das zumindest in Düsseldorf bereits geschehe, man aber diesbezüglich erst am Anfang stehe.

Dr. Julia Höller (GRÜNE) fragt, ob es Überlegungen gebe, Rettungs- oder Polizeikräfte in Großstädten nach dem Vorbild von Konsumräumen mit Naloxon als Notfallmedikament auszustatten.

LKD Peter Mosch (IM) antwortet seiner Vorrednerin, dass Polizeibeamte zwar durchaus über gewisse medizinische Grundkenntnisse verfügten, man derzeit aber trotzdem davon absehe, derartige Medikamente in Streifenwagen mitzuführen, sondern stattdessen daraufsetze, möglichst schnell die Rettungskräfte herbeizurufen.

Die Gefährlichkeit von Fentanyl stehe außer Frage. Die Aussage, dass man in NRW bzw. in Deutschland keine Verhältnisse wie in den USA erwarte, fuße auch auf der dort viel laxeren Verschreibungspraxis, die schon seit vielen Jahren zu Problemen führe. Bei der Deutschen Aidshilfe – die die von seinem Vorredner erwähnten Tests durchgeführt habe – gehe man derzeit ebenfalls nicht davon aus, dass sich hierzulande eine vergleichbare Entwicklung abzeichne, da die erhobenen Daten nicht auf entsprechende Veränderungen in der Szene hindeuteten.

Es handle sich also um ein verhältnismäßig kleines Problem, das man aber nichtsdestotrotz genau im Auge behalte, wozu man unter anderem auf die Fähigkeiten des Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Instituts des Landeskriminalamts zurückgreifen könne, das über die Fähigkeit verfüge, Fentanyl zu detektieren.

Markus Wagner (AfD) merkt an, dass es seit der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan eine Verknappung auf dem Heroinmarkt gebe, was befürchten lasse, dass zunehmend auf Fentanyl zurückgegriffen werde. Die ebenfalls dem Artikel der Rheinischen Post zu entnehmende Information, dass die Düsseldorfer Drogenhilfe 103 Opioidabhängige im Umgang mit Naloxon als Nasenspray geschult habe, deute darauf hin, dass sich diesbezüglich sehr wohl eine dramatische Entwicklung abzeichne. Dazu möge man sich seitens des Ministeriums des Innern bitte äußern und außerdem seine bereits gestellte Frage nach der Großrazzia in Hattingen beantworten.

Sebastian Watermeier (SPD) möchte wissen, welche Art von Drogen in den in Gelsenkirchen-Resse und -Erle von Spezialeinsatzkräften ausgehobenen illegalen Laboren hergestellt worden seien.

Es möge zudem dargelegt werden, ob Erkenntnisse dazu vorlägen, woher das bisher in Nordrhein-Westfalen aufgefundene Fentanyl stamme.

LKD Peter Mosch (IM) legt dar, dass es bei der Durchsuchung in Hattingen seiner Kenntnis nach nicht um Fentanyl, sondern um Amphetamine gegangen sei.

Zu den Durchsuchungen in Gelsenkirchen lägen ihm keine Details vor, aber er gehe davon aus, dass er es wüsste, wenn Fentanyl eine Rolle gespielt hätte. Informationen dazu könnten aber nachgeliefert werden.

Hinsichtlich des derzeit auf dem illegalen Markt entdeckten Fentanyls vermute man, dass es aus dem legalen, also medizinischen, Bereich stamme.

9 Messerattacke eines Mannes auf zwei Kinder in Duisburg *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

In Verbindung mit:

Duisburg: Messerattacke an Grundschule *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2398

Christina Kampmann (SPD): Der Bericht ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert, und er hat mich ehrlich gesagt auch ziemlich erschüttert. Dass den Behörden in Bayern und in Nordrhein-Westfalen schon so lange vor der Tat bekannt war, welche Gefahr von dem 21-jährigen Beschuldigten ausgeht, ist schon problematisch. Wenn jemand einen Mord ankündigt und ein Zeuge sogar so aufmerksam ist und das bei der Polizei meldet, es aber dann noch so lange dauert, bis die Behörden tätig werden, muss man ganz klar sagen: Das darf nicht sein. Das darf nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen. Da wurde an mehreren Stellen offensichtlich geschlafen.

Fest steht – und deshalb hatten wir den Bericht auch beantragt –, dass wir in dieser Sitzung wieder einen Fall von Messergewalt diskutieren müssen, und dieses Mal sind sogar Kinder betroffen. Wir diskutieren sogar zwei Fälle. Wir haben ja auch noch die getöteten ukrainischen Jugendlichen auf der Tagesordnung. Wir stellen somit fest, dass wir derzeit in nahezu jeder Innenausschusssitzung mindestens einen Fall von Messergewalt diskutieren. Wir haben im letzten Jahr schon die Zahlen für 2023 diskutiert, und da haben Sie, Herr Reul, angedeutet, dass Sie schon im ersten Halbjahr 2023 erheblich gestiegen seien. Ehrlich gesagt fehlen mir immer noch Maßnahmen der Landesregierung, mittels derer Sie das Problem in den Griff bekommen wollen. Es wäre gut und wichtig, wenn Sie dazu gleich noch etwas sagen würden.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass in diesem konkreten Fall noch ganz viele Fragen zu klären sind. Was den Justiz- bzw. Polizeibereich angeht, war der Täter durchaus schon vorher bekannt. Man mag sich nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn der Vater und der andere Zeuge nicht dazwischengegangen wären und noch Schlimmeres verhindert hätten.

Mein Kollege Sven Wolf wird gleich noch die eine oder andere Frage stellen. Aber zunächst einmal zum polizeilichen Bereich: Wir können dem Bericht entnehmen, dass der Beschuldigte angekündigt habe, eine Gewalttat an seiner Mutter zu begehen und dann als Person mit Risikopotenzial eingestuft worden sei, man ihn aber im Oktober 2023 im Rahmen des Früherkennungskonzepts wieder ausgestuft habe. Da würde mich interessieren, nach welchen Kriterien eine solche Ausstufung erfolgt. Im Januar dieses Jahres ist er dann zweimal tödlich geworden und hat häusliche Gewalt zum Nachteil seiner Mutter verübt. Da frage ich mich, warum keine Wiedereinstufung erfolgt ist. 2023 reichte die ledigliche Androhung einer Gewalttat, um ihn einzustufen, aber ein paar Monate später führen tatsächliche Gewalttaten nicht zu einer Wiedereinstufung.

Ich frage mich: Wie passt das zusammen? Es wäre gut, wenn Sie dazu gleich etwas sagen könnten.

Man muss feststellen, dass das Ganze bei den bayerischen Behörden sehr lange gelegen hat. Am 8. Januar hatte sich der Zeuge an die Polizei in Straubing gewandt, am 19. Januar wurden die Akten der Staatsanwaltschaft zugeleitet, und am 15. Februar – also mehr als einen Monat nach der Mitteilung an die Polizei – gingen die Akten dann ohne Kennzeichnung der besonderen Eilbedürftigkeit an die Staatsanwaltschaft in Duisburg. Hat man die bayerischen Behörden kontaktiert, um zu klären, warum das auf deren Seite so lange gedauert hat?

Im Bericht wird mitgeteilt, dass die Leitende Oberstaatsanwältin in Duisburg ihre Dezentralen dafür sensibilisiert habe, künftig in Zweifelsfällen vorsorglich die Polizei zu kontaktieren und zu erörtern, welche Maßnahmen der Gefahrenabwehr parallel zu den strafprozessualen Maßnahmen zu veranlassen seien. Ich habe mich gefragt, warum das bisher offensichtlich nicht der Fall war. Das gilt auch mit Blick auf Ankündigungen von Straftaten im Social-Media-Bereich: Gab es da vorher keine Sensibilisierung?

Ich glaube, das ist ein Teil der Fragen, die sich viele Menschen gerade stellen. Wir fordern, dass sie vollständig beantwortet werden und dass das auch politisch aufgeklärt wird.

Vorsitzende Angela Erwin: Ich möchte den Hinweis geben, dass wir uns hier im Innenausschuss und nicht im Rechtsausschuss befinden, und ich möchte an die Zuständigkeiten des Innenausschusses erinnern. Ein Vertreter der Justiz ist heute nicht zugegen.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Wieso das denn nicht?)

Sven Wolf (SPD): Ich glaube, dass ich trotzdem juristische Fragen stellen darf. Es sitzen genügend Juristinnen und Juristen im Haus.

Es geht hier um einen sehr tragischen Fall – Frau Kollegin Kampmann hat das ausgeführt –, bei dem nur das beherzte Eingreifen eines Unbeteiligten verhindert hat, dass es zu schweren Verletzungen bei zwei kleinen Kindern oder zu noch Schlimmerem gekommen ist.

Auch ich habe eine Frage zur Sensibilisierung, und das bezieht sich sowohl auf den Bereich, für den Herr Minister Reul zuständig ist, als auch auf den Bereich der Justiz. Staatsanwaltschaften und Polizei müssen bei der Frage der Sensibilisierung eng zusammenarbeiten. Wenn auf einer Akte steht: „Sofort! Von Hand zu Hand, Eingang bei Gericht heute bis spätestens 14.00 Uhr“, darf man sich nicht auf den gewöhnlichen Aktenlauf mittels Wachtmeister von Büro zu Büro verlassen, sondern muss zum Telefonhörer greifen. Wenn man sich die Chronologie dieses Falls anschaut, stellt man fest, dass das die wichtigste Botschaft ist. Wäre da häufiger zum Telefonhörer gegriffen worden, hätte das, was die Staatsanwälte schon eingeleitet und mit der Polizei besprochen hatten, vielleicht dazu geführt, dass man die geplanten Durchsuchungen vor der Tat hätte durchführen können. Deswegen zunächst meine Frage: Was gedenken

Sie, Herr Minister Reul, zu tun, damit diese Sensibilisierung gegeben ist und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften verbessert wird?

Das betrifft insbesondere auch die Gefahrenabwehr, die nichts mit der Strafverfolgung zu tun hat, sondern originäre Aufgabe des Innenministeriums bzw. der Polizei ist. Dafür braucht es die Staatsanwälte ja gar nicht. Wie können Sie sicherstellen, dass in laufenden Ermittlungsverfahren immer vorrangig hinsichtlich der Gefahrenabwehr geprüft wird? Ich weiß, dass das in vielen Verfahren getan wird. Für andere Bereiche haben wir häufig und intensiv darüber diskutiert. In Sachen Missbrauch zum Beispiel klären wir Fälle auf, schauen aber immer auch hin, ob es akute Gefährdungen für Kinder gibt, und das geht dann vor. Wieso ist das in diesem Fall nicht passiert? Warum hat man die konkrete, akute Gefährdung nicht als vorrangig betrachtet? Das wären meine Einstiegsfragen.

Christina Kampmann (SPD): Warum ist heute kein Vertreter der Justiz da?

(Benedikt Falszewski [SPD]: Unfassbar!)

Der Bericht macht das ja offenkundig notwendig.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Das ist denen egal! – Zuruf von der CDU: Gestern war Rechtsausschuss! – Gregor Golland [CDU]: Heute ist Innenausschuss! – Benedikt Falszewski [SPD]: Ja, und? Sonst sind die auch immer da! – Zurufe von der CDU – Benedikt Falszewski [SPD]: Bei dem Verfahren hätte man das erwarten können! Das scheint der Landesregierung vollkommen egal zu sein! – Weitere Zurufe)

Vorsitzende Angela Erwin: Wir befinden uns hier im Innenausschuss.

Markus Wagner (AfD): Wenn ich hier höre, dass wir nicht im Rechtsausschuss, sondern im Innenausschuss sind, muss ich ganz klar sagen, dass 50 Pfennig zur Mark fehlen. Es ist eine Tat geschehen, die nicht geschehen wäre, wenn es in der Justiz nicht ein gewisses Versagen gegeben hätte. Wir sind im Innenausschuss, um genau solche Themen zu behandeln. Wir haben hier einen Bericht des Innenministeriums vorliegen, in dem seitenweise die Tätigkeit der Justiz thematisiert wird, aber in der heutigen Innenausschusssitzung ist kein Vertreter der Justiz anwesend. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Das hat nichts mit Innenausschuss oder Rechtsausschuss zu tun.

Sven Wolf (SPD): Ich möchte – auch zu Herrn Golland – deutlich sagen: Wir als Parlament fragen die Landesregierung, und die hat dann freundlicherweise den vorliegenden Bericht zur Verfügung gestellt. Aus welchem Ressort der ist, spielt wirklich keine Rolle. Wenn Sie jetzt suggerieren wollen, dass der Bericht auch gestern im Rechtsausschuss hätte diskutiert werden können, will ich Sie und die Kolleginnen und Kollegen im Innenausschuss darauf hinweisen, wie der Ablauf im Rechtsausschuss gewesen ist: 15 Minuten vor der Rechtsausschusssitzung legte die Landesregierung einen für den Innenausschuss beantragten Bericht vor; wahrscheinlich, weil man zu dem

Schluss kam – das ist jetzt spekulativ –: Oje, da ist auf Justizseite nicht alles perfekt gelaufen, lassen wir dazu lieber im Rechtsausschuss fragen, vielleicht sind die Kolleginnen und Kollegen des Parlaments da netter. – Wir hatten gestern überhaupt keine Gelegenheit, diesen Bericht zu lesen und dann Fragen zu stellen. Wenn Sie allerdings der Meinung sind, dass Ihnen ein Fall, bei dem zwei Kinder fast zu Tode gekommen sind, nicht so wichtig ist, dass wir ihn hier diskutieren müssten, können wir auch eine Sondersitzung beider Ausschüsse machen, das ist gar kein Problem. Das sollte die Vorsitzende jetzt bitte entscheiden.

Vorsitzende Angela Erwin: Sehr geehrter Herr Wolf, die Vorsitzende muss hier gar nichts entscheiden. Wer an der Ausschusssitzung teilnimmt, wen die Landesregierung mitbringt, entscheidet immer noch die Landesregierung und nicht die Vorsitzende.

(Sven Wolf [SPD]: Danke!)

Minister Herbert Reul (IM): Zur Anwesenheitsfrage: Wir haben es nicht für notwendig erachtet, die Justiz zu bitten, heute auch zu kommen, weil gestern zum gleichen Thema, zum gleichen Inhalt alles besprochen worden ist, was im Justizbereich besprochen werden konnte.

(Zurufe von der SPD: Nein! Das ist eine interessante Behauptung! – Weitere Zurufe)

– Sie können gerne meinen, dass das nicht ausreichend war. Das kann ja sein, ich war nicht dabei, ich weiß es nicht.

(Nadja Lüders [SPD]: Aber Sie können es behaupten!)

– Nein, ich habe gesagt: Wir haben es nicht für notwendig erachtet. – Ich korrigiere mich und sage: Wir haben es vermutet. – Wir war ja wie gesagt nicht dabei. Wenn im Justizbereich noch Klärungsbedarf besteht, können Sie da noch fünf Sitzungen einberufen. Das ist vollkommen richtig.

(Sven Wolf [SPD]: Danke für die Idee!)

Herr Wolf, Sie können dieses Thema auch in diesem Ausschuss in aller Breite behandeln. Sie werden von dem für diesen Ausschuss zuständigen Teil der Landesregierung aber keine Antworten bekommen, weil wir keine geben können. Das ist doch klar.

Mit Blick auf die Bemerkungen dazu, dass es zwischen Polizei und Justiz nicht geklappt habe, möchte ich einiges präzisieren. Das war eine schreckliche Tat, nicht nur wegen des Messers, sondern wegen der ganz besonderen Konstellation. Manchmal mache ich mir aber Sorgen, dass wir noch vor der Betrachtung einer schrecklichen Tat, noch vor der Aufklärung eine Skandalisierungsdebatte führen. Da muss man behutsam sein. Die bayerische Polizei war betroffen. Dafür bin ich erstens nicht zuständig und weiß zweitens nicht, was die gemacht haben. Das sollen die bitte selbst erklären. Das ist doch wohl klar. Ich lasse mich nicht dafür verantwortlich machen, was irgendein Polizist in Bayern gemacht oder nicht gemacht hat. Ich weiß auch nicht, ob die Vorwürfe, die erhoben werden, überhaupt berechtigt sind; vielleicht sind die auch alle falsch.

Hinsichtlich dessen, wofür die Justiz in Nordrhein-Westfalen zuständig war, gab es gestern einen Bericht. Es gab auch – wie ich den Zeitungen entnehmen konnte – eine Debatte. Die empfanden Sie aber vermutlich als nicht ausreichend, sonst hätten Sie ja gerade nicht nachgefragt. Ich kann Ihnen aber nur empfehlen, im zuständigen Ausschuss den zuständigen Minister zu befragen. Ich kann Ihnen die Fragen zu den einzelnen Abläufen nicht beantworten. Ich kann nur zu dem Teil antworten, der uns betrifft. Dazu kommen wir gleich, dazu bekommen Sie Antworten.

Die Sachleitung – das weiß Herr Wolf besser als ich – hat immer die Staatsanwaltschaft, das heißt, ich kann und darf nichts sagen – wir haben derartige Fälle oft genug gehabt. Wir haben mit Blick auf solche Fälle und die Zusammenarbeit das Modell „Pe-RisikoP“ entwickelt, das nicht immer, aber insgesamt verdammt gut funktioniert, da es zwar nicht alle, aber einige Probleme löst.

Zum Thema „Messer“ will ich etwas sagen, weil Frau Kampmann darauf eben sehr grundsätzlich abgehoben hat. Ich stimme Ihnen vollkommen zu: Das ist ein sehr ernstes Problem – über das ich hier auch schon oft geredet habe. Die Lösung ist aber nicht so einfach, sonst wäre sie ja längst von jemandem präsentiert worden. Ein paar Antworten haben wir schon gegeben: Messerverbotzonen, starke Polizeipräsenz in Partyvierteln, Aufklärungskampagnen. – Ich sage Ihnen aber auch, dass wir da noch lange nicht am Ende sind. Wir arbeiten weiter daran, Antworten zu finden, die noch besser sind. Wir haben angefangen, eine Statistik zu erheben, weil wir erst einmal wissen müssen, ob das überhaupt so viel ist, wie wir glauben. Das war der Grund, warum wir die Statistik eingeführt haben. Die gab es ja vorher gar nicht. Wir gucken uns jetzt genau an, wer dahintersteckt, was für Täter das sind und ob daraus etwas abgeleitet werden kann. Sobald wir Informationen haben, die wirklich valide sind, werden wir hier gerne Bericht erstatten.

Zum Ein- bzw. Ausstufen: Das findet andauernd statt. Wir stufen Menschen nicht einmal ein, und dann werden sie ihr Leben lang beobachtet. Wenn es begründbar ist, werden die beteiligten Kräfte – und das ist nicht nur die Polizei – irgendwann gemeinsam sagen: Jetzt brauchen wir das nicht mehr. – Die diesbezügliche Entscheidungskompetenz kann aber nur bei denjenigen liegen, die diese Menschen kennen und mit ihnen arbeiten, also bei den örtlichen Behörden. Vermutlich ist es aus diesem Grund so passiert, wie es passiert ist.

LKD Peter Mosch (IM): Noch ein, zwei Sätze zu PeRisikoP allgemein: Wir haben das vor circa zwei Jahren ausgerollt, mittlerweile gibt es das in allen 47 Kreispolizeibehörden. Wir haben das an die Dienststellen für Kriminalprävention und Opferschutz ange-dockt. Wir holen damit viele Professionen zusammen und betreiben Netzwerkarbeit. Wir stellen nämlich fest, dass Polizeibeamte draußen auf Menschen treffen, bei denen anscheinend ein gewisses Potenzial für Gewaltaffinität besteht, die Polizei da aber alleine manchmal nicht weiterkommt.

Herr Wolf, Sie hatten die Gefahrenabwehr angesprochen. Ja, natürlich sind wir für Gefahrenabwehr zuständig, abstrakt und konkret natürlich sowieso. Sie haben suggeriert, dass es auf der Hand gelegen hätte, dass der hier möglicherweise konkret aktiv werde. Das müssen wir prüfen, das sehen wir nämlich erst einmal nicht so. Nicht jeder

Mensch, der vielleicht abstrakt zu Gewalttätigkeiten neigt, übt sie auch aus. Das gilt gerade dann – und darauf ist PeRisikoP auch ausgerichtet –, wenn psychische Erkrankungen eine Rolle spielen. Wir sind Polizisten, wir können Menschen in psychischer Hinsicht nicht unter Generalverdacht stellen. Von daher können wir nur Indizien wahrnehmen, aufnehmen und dann die Professionen zusammenholen. Damit beziehe ich mich auch ein bisschen auf den Fall in Duisburg – zumindest, wie er sich jetzt darstellt. Da ist das sehr wohl passiert. Es wurde Kontakt zum Krankenhaus, zu Ärzten, zum gesetzlichen Betreuer, zu den Eltern aufgenommen; es ging um ein Autismustherapiezentrum usw. Es wurde also eine ganze Menge gemacht. Die Duisburger sind dann aber an irgendeiner Stelle zu der Erkenntnis gekommen: Jetzt haben wir alle zusammengeholt, und im Moment ist die Einschätzung von allen, dass da nichts passiert. – Wenn man es nachträglich betrachtet, muss man natürlich feststellen, dass es zu dieser schrecklichen Tat gekommen ist, aber im Oktober letzten Jahres hat die Polizei Duisburg gesagt – jetzt muss ich vorsichtig sein, weil das ein laufendes Ermittlungsverfahren ist –: Er ist mehr im familiären Bereich auffällig geworden und nicht nach außen gerichtet. – Deshalb kamen alle Professionen zu der Einschätzung, dass nichts passieren werde.

Natürlich ist die Problematik immer auch, wer der Polizei einen Hinweis gibt, wenn es sich vielleicht wieder anders darstellt. Laut der momentanen Berichtslage aus Duisburg ist das danach nicht mehr passiert, von den erwähnten Professionen gab es also keinen Hinweis an die Polizei mehr. Jetzt hat es die Fälle gegeben – Frau Kampmann, Sie sprachen es gerade an –, dass er Anfang des Jahres im häuslichen Umfeld – ich sage es vorsichtig – möglicherweise wieder zu Gewalttätigkeiten geneigt hat. Ob das wirklich zu einer polizeilichen Wiedereinstufung hätte führen müssen, werden wir uns von den Abläufen her fachaufsichtlich genau angucken. Diese Prüfung dauert noch an.

So viel allgemein zu PeRisikoP, aber auch eine ganze Menge zum Sachverhalt, wie er sich aus unserer Sicht im Moment darstellt. Ich kann außerdem unterstreichen: Die Polizei NRW hat nach jetzigem Stand von Hinweisen, die möglicherweise im Internet kursierten, keine Kenntnis gehabt.

Benedikt Falszewski (SPD): Herr Reul, wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, haben Sie es nicht für nötig erachtet, dass heute jemand aus dem Justizministerium hier ist, um uns Rede und Antwort zu stehen, obwohl Sie von den Vorgängen gestern im Rechtsausschuss wussten. Man hätte sich also denken können, dass hier heute vermehrt Fragen auftauchen, die diesen Fall betreffen. Als Duisburger Abgeordneter kann ich Ihnen sagen: Das ist vor Ort ein Riesenthema. Die Eltern sind verunsichert, weil sie befürchten, dass ihre Kinder unter Umständen nicht mehr lebend nach Hause kommen. – Es ist aus meiner Sicht eine eklatante Fehleinschätzung, hier niemanden aus dem Justizministerium hinzuzuholen, der uns unter Umständen einzelne Fragen beantworten könnte, die Sie – wie Sie gerade gesagt haben – nicht beantworten können. Das halte ich für ein starkes Stück, und da fehlen mir echt die Worte. Hier fehlt es komplett an Sensibilität, und es scheint der Landesregierung vollkommen egal zu sein, ob der Innenausschuss tagt oder ob ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung steht oder nicht.

Christina Kampmann (SPD): Ich habe eine Frage zu dem, was Sie, Herr Mosch, gerade gesagt haben, weil sich das anders dargestellt hat, als das, was ich im Bericht gelesen habe. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wurde der Beschuldigte eingestuft, weil angenommen wurde, dass er auch außerhalb des häuslichen Umfelds eine Gefahr darstellen könnte. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich im Bericht aber gelesen, dass er eingestuft worden sei, weil er im Kontext eines Arztbesuches geäußert habe, dass er möglicherweise Gewalt gegen seine Mutter anwenden könne. Im Bericht steht also, dass die Einstufung aufgrund dieser Äußerung erfolgt sei. Dann sei er – das steht auch im Bericht – wieder zu seiner Mutter gezogen, und im Oktober sei er, weil das friedliche Miteinander offensichtlich funktioniert habe, wieder ausgestuft worden. Im Januar aber sei er im Zuge häuslicher Gewalt dann doch wieder zweimal gegen seine Mutter tötlich geworden. Sie haben gesagt, das werde jetzt geprüft. Die Einstufung ist also erfolgt, weil er diese Äußerungen bezüglich seiner Mutter gemacht hatte. Das passt meiner Meinung nach nicht zusammen. Er wurde eingestuft, weil er eine Gefahr für andere darstellte, aber dann wieder ausgestuft.

Herr Reul, wir haben diesen Bericht für den Innenausschuss fristgerecht beantragt. Für den Rechtsausschuss war der überhaupt nicht beantragt. Es kommt durchaus nicht selten vor, dass hier Vertreterinnen und Vertreter der Justiz anwesend sind. Wenn wir diesen Bericht fristgerecht beantragen, weil wir eine politische Dimension mit Blick auf das Thema „Messergewalt“ gesehen und es für außerordentlich gehalten haben, weil Kinder betroffen sind, erwarten wir natürlich, dass hier ein Vertreter der Justiz da ist. Ich finde es wirklich skandalös, dass ausgerechnet heute niemand da ist, obwohl das sonst fast jedes Mal der Fall ist.

Gregor Golland (CDU): Mir fehlen die Worte.

(Christina Kampmann [SPD]: Ja, uns auch! – Benedikt Falszewski [SPD]: Gleichfalls!)

Herr Falszewski, vielleicht machen Sie mal einen Ringtausch in Ihrer eigenen Fraktion zwischen Rechts- und Innenausschuss, dann bekommen Sie auch mit, was da diskutiert wird. Frau Kampmann, ich weiß nicht, wer bei Ihnen die übergreifende Koordination für diese beiden Sachgebiete übernimmt. Ist es der Kollege Wolf? Ich weiß es nicht, es ist auch egal, Sie scheinen jedenfalls nicht miteinander zu reden.

Das Thema war gestern im Rechtsausschuss ordnungsgemäß als letzter Tagesordnungspunkt angemeldet. Aber offenbar hatten Sie Ihre Munition verschossen oder keine Lust mehr, darüber zu diskutieren. Da war das jedenfalls kein Thema, da war das völlig egal.

(Zuruf)

Jetzt inszenieren Sie hier etwas und werfen der Landesregierung vor, sie würde sich nicht dafür interessieren.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Frechheit!)

Sie wissen, dass das nicht der Fall ist,

(Benedikt Falszewski [SPD]: Ne!)

aber das ist ja immer dieselbe Methode: Dinge unterstellen und dann die Vorwürfe, man würde sich nicht darum kümmern wollen. – Das ist wirklich absurd. Sie hätten gestern die Chance gehabt, nachzufragen. Sie hätten auch die Chance gehabt, den Justizminister mit Ihren Fragen zu behelligen oder vermeintlich unter Druck zu setzen.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Zu behelligen?)

Sie haben es nicht getan. Sie widersprechen sich selbst. Sie fragen einerseits, warum hier kein Vertreter der Justiz anwesend sei, sagen aber andererseits, dass Sie die Fragen der Landesregierung stellen würden. Die Landesregierung hat jedes Recht zu entscheiden, wer hier hinkommt und wer nicht. Der Minister benötigt niemanden von der Justiz an seiner Seite, er kann ganz allein für die Landesregierung antworten.

(Lachen von Benedikt Falszewski [SPD]: Sie reiten sich ja noch tiefer rein!)

Es ist ein Entgegenkommen, dass hier häufig Leute aus dem Justizbereich sitzen, die eigentlich gar nicht hier sein müssten. Sie sind aber hier, obwohl man die Dinge auch trennen könnte.

Herr Wolf, Sie waren doch gestern dabei. Was soll denn dieses Spiel hier? Das ist wirklich lächerlich.

(Lachen von Benedikt Falszewski [SPD] – Kopfschütteln von Sven Wolf [SPD])

Ihnen geht es nicht mehr um die Sache. Hier geht es um ein konstruiertes Bild; es geht um Zuständigkeiten und darum, dass man diesem Fall nicht genügend Aufmerksamkeit und Empathie entgegenbringen würde – was für ein Unsinn.

(Zuruf von Christina Kampmann [SPD])

Marc Lürbke (FDP): Ich könnte viel darüber sagen, wie frustrierend es für einen Parlamentarier ist, dass berechnete Nachfragen hier nicht gestellt werden können. Der Oppositionsabgeordnete Gregor Golland hätte angesichts dessen wahrscheinlich auf dem Tisch gestanden, jetzt ist er Regierungssprecher und muss das hier verkaufen – na ja, wenn man ihn kennt ...

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Angesichts dessen, wie oft die Justiz sonst hier sitzt und uns berichtet, ist das schon merkwürdig, und man könnte durchaus Kalkül vermuten – aber gut, das bringt uns jetzt auch nichts.

Herr Minister, ich habe noch eine Frage zu dem, was Sie gerade zu Aufklärungskampagnen gesagt haben. Das ist eine Schallplatte, die ich hier schon mehrfach aufgelegt habe, weil ich glaube, dass das im Kampf gegen zunehmende Messerangriffe in Nordrhein-Westfalen wirklich etwas bringt. Wie ich schon mehrfach hier im Ausschuss und im Plenum gesagt habe, steht unser Vorschlag im Raum, eine groß angelegte Präventionskampagne aufzulegen, um jüngere Teile der Gesellschaft zu erreichen. Das betrifft ja nicht nur, aber im Wesentlichen die Jüngeren – darüber haben wir schon diskutiert. Der Vorschlag lautet, die Kampagne in den Schulen mit Unterstützung der Lehrerinnen

und Lehrer, in den Jugendtreffs, in den Vereinen und vor allen Dingen in den Flüchtlingsunterkünften zu machen. Ich möchte Sie noch einmal eindringlich bitten, diesen Vorschlag mitzunehmen, wirklich zu prüfen und womöglich umzusetzen. Das muss wahrscheinlich ressortübergreifend geschehen, aber es wäre schon gut, wenn Sie sich als Innenminister an die Spitze stellen würden. Wir brauchen so eine Kampagne. Es gibt kein Allheilmittel dagegen, aber das Signal, dass Messer nicht cool, sondern einfach nur saudumm sind, muss jeden Tag gesendet werden. Dafür wäre so eine Kampagne wirklich sehr hilfreich. Also noch einmal der Appell: Nehmen Sie das mit, und setzen Sie das um.

Sven Wolf (SPD): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Innenministerium zahlreiche Fragen zu stellen, aber vorher möchte ich mit einer Mär aufräumen, die Herr Golland hier in den Raum gestellt hat: Wir haben das Thema im Rechtsausschuss nicht bzw. so gut wie nicht diskutiert. Der Bericht ist nämlich nicht von einer Fraktion beantragt worden – ich hatte das eben schon angedeutet – und wurde 15 Minuten vor der Sitzung vom Justizministerium vorgelegt.

(Lachen und Zuruf von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Das ist ja kein Vorwurf. Vielleicht würde ich das umgekehrt auch so machen. Das ist eine strategische Überlegung. Man hat einen Bericht, der doof ist, weil Fehler passiert sind. Man erwartet, dass das Parlament das kontrolliert und nachfragt. Wie macht man es also am geschicktesten? Ich melde es im zuständigen Ausschuss an, dessen Spiegelressort die meisten Fehler gemacht hat. Kein Mensch hat die Gelegenheit, diesen Bericht zu lesen. Am nächsten Tag ist dann die Ausschusssitzung, für die von der Opposition ein Bericht angemeldet wurde.

Zufälligerweise ist das Justizministerium telefonisch nicht erreichbar. Wir hätten ja noch Zeit. Geht am Martin-Luther-Platz niemand dran?

(Zuruf von Minister Herbert Reul [IM] – Benedikt Falszewski [SPD]:
Rufen Sie an! Holen Sie jemanden her!)

Herr Kollege Reul, Sie sind ja ein sehr erfahrener Parlamentarier, und ich freue mich immer, dass ich von Ihnen noch so viel lernen kann.

(Gregor Golland [CDU]: Oh!)

Sie haben ja die Anregung, die ich in den Raum gestellt hatte, eine Sondersitzung zu machen, aufgegriffen und mir einen väterlichen Rat gegeben.

(Heiterkeit von der SPD)

Das nehme ich natürlich gerne in meine Fraktion mit, damit man das noch einmal diskutieren kann.

Die Strategie ist doch offensichtlich. Da sind Fehler passiert, da ist etwas nicht gut gelaufen. Damit hier im Parlament keiner Fragen stellen kann, meldet man es einen Tag vorher an. Im Innenausschuss ist keiner aus dem Rechtsbereich da, und dann kann die Polizei es auf die nicht anwesende Justiz schieben. Das ist die Strategie. Ich

finde das sehr ärgerlich, weil es hier um einen dramatischen Fall geht – die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion haben das eben betont.

Gestatten Sie mir jetzt Fragen zum Polizeibereich. Herr Mosch, Sie hatten gerade von der Gefahrenabwehr gesprochen. Haben Sie inzwischen bei den bayerischen Kollegen, die laut Bericht für Maßnahmen der Gefahrenabwehr keine Veranlassung gesehen hätten, nachgefragt, warum sie zu dieser Einschätzung gekommen sind?

Dem Bericht lässt sich entnehmen, dass die zuständige Dezernentin bei der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei keine parallele Prüfung von unverzüglich umzusetzenden Maßnahmen angeregt bzw. veranlasst habe. Können Sie aus polizeilicher Sicht einschätzen, warum es diese Anfragen nicht gegeben hat? Oder hat es sie gegeben und die Anfragen sind nicht angekommen?

Im Bericht wird ausführlich geschildert, dass der Ermittlungsrichter, als er die Akte auf dem Tisch hatte, darüber nachgedacht hat, ob Maßnahmen nach § 41 Polizeigesetz möglich bzw. nötig seien. Er habe zweimal bei der Polizei angerufen, aber niemanden erreicht. Konnten Sie auf der polizeilichen Seite inzwischen klären, warum es zu keiner Kontaktaufnahme gekommen ist? Gab es die Idee bei der Polizei, aber die Kontaktaufnahme scheiterte?

Können Sie erklären, warum der Durchsuchungsbeschluss, der am 26. Februar durch das Gericht erlassen worden ist – da haben sich die Ereignisse bedauerlicherweise überschlagen –, erst einen Tag später bei der Polizei angekommen ist? Da war die Tat ja schon geschehen, sodass die Polizei die Maßnahme nicht mehr ergreifen konnte.

Können Sie erklären, warum die ursprünglich von der Staatsanwaltschaft angeregte bzw. verfügte fernmündliche Unterrichtung der Polizei nicht funktioniert hat? Fehlte da die Kontaktaufnahme? Ist das nicht angekommen?

Zu PeRisikoP hatten Sie gerade ausgeführt. Der Presseberichterstattung habe ich jetzt entnommen – das ist bisher noch nicht vorgetragen worden –, dass sich der Tatverdächtige nicht mehr in Untersuchungshaft befinde, sondern – ich sage es mal untechnisch – in psychiatrischer Unterbringung. Es steht also der Verdacht im Raum, dass die Frage der Schuldfähigkeit noch zu klären sein wird. Welche Auswirkungen hat das für die Bewertung von Abläufen im Rahmen von PeRisikoP?

Egal, ob man sich das auf Justiz- oder der Polizeiseite anschaut: Wir merken, dass bei dem Fall bestimmte Dinge zu langsam gelaufen sind – ich glaube, das wird niemand bestreiten. Es wäre besser gewesen, wenn es schneller gelaufen wäre. Wir haben heute schon einen Tagesordnungspunkt zur digitalen Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei aufgerufen und eine entsprechende Vorlage zur Kenntnis genommen. Das ist ein richtiger Schritt, damit diese Schnittstelle besser funktioniert. Es kann aber natürlich auch etwas mit Belastung zu tun haben, dass ein eiliger Fall unter den ganzen Vorgängen untergeht, die die Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen auf den Schreibtischen liegen haben. Haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht?

Andreas Bialas (SPD): Daran anschließend, habe ich auch noch Fragen. Wir haben den Sachverhalt, dass am 8. Januar die Meldung bei der Polizei in Bayern einging.

Das war also rund 50 Tage vor der Tat. Die Polizei hat die betreffende Person ermittelt und diese Informationen am 19. Januar an die Staatsanwaltschaft in ihrem Bezirk weitergegeben. Wenn ich es richtig verstanden habe, war erst am 15. Februar der Eingang in Nordrhein-Westfalen. Heißt das, dass vorher keine Informationen an Nordrhein-Westfalen gegangen sind? Ist aufgeklärt worden – das schließt an das an, was Herr Wolf gefragt hat –, warum so lange nichts geschehen ist? Habe ich es richtig verstanden, dass die Polizei im Vorfeld keine Erkenntnisse hatte, sondern erst nach der Tat? Wann hat sie von dem Sachverhalt der Mordankündigung zum ersten Mal Kenntnis erhalten?

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Ich werde versuchen, drei Ebenen auseinanderzuziehen, weil ich glaube, dass wir über drei unterschiedliche Dinge diskutieren. Wir diskutieren über diesen aktuellen Fall, zu dem es die Berichtsbeantragung gab. Ich glaube, wir sind uns einig, dass es da definitiv Optimierungsbedarf gibt. Dazu sind jetzt viele einzelne Fragen gestellt worden, die uns natürlich alle beschäftigen. Egal, ob aufseiten der Opposition oder der Koalition bzw. der Landesregierung, wir sind uns alle einig, dass so etwas nicht mehr vorkommen sollte. Wir müssen jetzt gucken, wie man an den einzelnen Stellschrauben drehen kann, um da besser zu werden. Das ist die eine Seite. Man muss aber auch sehen, dass das laufende Ermittlungen sind. Es stellt sich also die Frage, wozu man jetzt schon konkrete Aussagen machen kann. Trotzdem müssen wir die Frage stellen, an welchen Stellschrauben wir drehen können, damit solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Messer bzw. die Messerkonzepte. Herr Lürbke, wir haben jetzt schon oft darüber gesprochen, und teilweise gibt es auch schon umfassende Konzepte. Sie wissen vielleicht von den Konzepten, die in Köln laufen. Wir wissen alle, dass wir da etwas machen müssen. Ich glaube aber auch, dass wir gut überlegen müssen. Ein solches Messerkonzept darf nicht zu einem Feigenblatt werden. Hier haben wir nämlich noch ganz andere Probleme, weil wir es augenscheinlich mit jemandem zu tun haben, der eine psychische Erkrankung hat.

(Marc Lürbke [FDP]: Das passt hier nur bedingt!)

– Genau, das passt hier nur bedingt, du sagst es. Das sehe ich auch so, das sind zwei unterschiedliche Themen. Ich glaube, es wäre gefährlich, die zu vermischen, weil wir dann den Eindruck erwecken würden, dass wir mit einem Konzept gegen Messerangriffe irgendetwas gegen psychische Erkrankungen tun könnten.

Der nächste Punkt: Herr Wolf, wir saßen gestern zusammen im Rechtsausschuss. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für den Rechtsausschuss zu beantragen. Das hat die SPD nicht gemacht. Dann hat die Landesregierung berichtet, und Sie hätten dazu Fragen stellen können. Der Bericht war ein paar Seiten lang, aber man hätte es schaffen können, den zu lesen – davon bin ich überzeugt. Sie haben aber keine Fragen gestellt. Sie hätten wenigstens sagen können: Lieber Herr Minister, können Sie bitte den Bericht erklären. – Das wurde auch nicht gemacht. Deshalb finde ich es absurd, jetzt anzudeuten – so wie Herr Falszewski es gemacht hat –, dass es eine Unverschämtheit seitens der Landesregierung sei, dass hier niemand sitze.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Ja, korrekt, ist es!)

– Möchten Sie dran sein? Dann melden Sie sich gerne und sagen noch einmal, wie Sie darüber denken. Ich sehe das komplett anders. Sie hätten gestern die Möglichkeit gehabt. Nicht über die Sache, sondern über Zuständigkeiten zu reden, finde ich ehrlich gesagt absurd. Ich glaube auch, dass das Thema das nicht hergibt. Dafür ist es auch zu ernst.

Ich kann mir vorstellen, dass Sie gerne Mitglied im Rechtsausschuss wären. Das ist immer ein spannender Ausschuss. Das sind Sie aber nicht. Dann müssen Sie vielleicht gucken, dass Sie eine Vertretungsregelung finden.

Benedikt Falszewski (SPD): Frau Dr. Höller, es wird ja immer besser, je länger Sie reden. Der Punkt war für die Sitzung heute angemeldet und nicht für den Rechtsausschuss. Also erwarten wir doch, dass wir als Parlament hier die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bekommen, die wichtig für diesen Tagesordnungspunkt sind, und dass man sich nicht damit herausredet: Die Frage hätten Sie ja auch gestern stellen können. – Das ist ein Ausschuss, der dafür überhaupt nicht vorgesehen war. Was ist das denn für eine Strategie?

(Zuruf von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Ganz ehrlich: Es gibt Fragen, von denen wir genau wissen, dass sie heute seitens des Justizministeriums beantwortbar gewesen wären. Der Herr Innenminister redet sich jetzt damit heraus, dass er es nicht beantworten könne, weil niemand seitens der Justiz hier sei. Geschickt eingefädelt – das müssen wir wirklich sagen. Frau Dr. Höller, das ist ein unglaubliches Vorgehen. Das scheint doch strategisch so angelegt zu sein, und das empfinde ich wie gesagt als absolute Unverschämtheit. Sie sagten dann noch: Wenn ich diese Fragen stellen wolle, müsse ich Mitglied des Rechtsausschusses sein;

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

bzw. ich wolle da angeblich gerne Mitglied sein. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Ich erwarte, dass ich in dem Ausschuss, in dem ich Mitglied bin und für den dieser Tagesordnungspunkt beantragt wurde, qualifizierte Antworten erhalte. Das aber ist ja wohl absichtlich nicht gewollt. Wir sollten hier nicht die Tatsachen verdrehen.

Minister Herbert Reul (IM): Ich würde gerne verschiedene Aspekte aufgreifen. Erst einmal das sehr Grundsätzliche, weil ich glaube, dass da unser eigentliches Problem ist, das haben wir bei anderen Tagesordnungspunkten auch schon gehabt: Jedes Mitglied eines Ausschusses bzw. seine Fraktion kann im jeweiligen Ausschuss Anträge stellen, Berichte verlangen und anderes mehr, dann entscheidet die Vorsitzende oder der Vorsitzende, was auf die Tagesordnung kommt. In genau dieser Sache hatten wir in der letzten Zeit schon ein paar Mal Probleme, dass wir nämlich Schnittmengen haben und uns nicht immer ganz einig waren. Was gehört eigentlich hierhin oder dahin? – Sie würden ja nicht auf die Idee kommen, hier ein Schulthema zu beantragen – da bin ich mir relativ sicher.

(Christina Kampmann [SPD]: „Gewalt an Schulen“ hatten wir doch schon! – Weitere Zurufe)

– Ich wollte ein extremes Beispiel nehmen, wo es relativ selten passiert. – Dann jedenfalls muss derjenige antworten, der für den Ausschuss zuständig ist, nämlich der zuständige Minister. Weil wir häufig Überschneidungen haben, machen wir es seit geraumer Zeit so, dass wir das Justizministerium, wenn ein Thema aufkommt, an dem sie beteiligt sind, bitten, zum Bericht zuzuliefern. Dass wir ein Ministerium mehr beteiligen müssen – es liegt nicht am Justizministerium selbst –, ist übrigens oft der Grund dafür, warum Berichte erst am letzten Tag kommen. Damit Sie das auch mal nachvollziehen können: Da sind ja mehrere Instanzen beteiligt, das macht die Sache komplizierter – das ist ja klar. Aber wir wollen Ihnen die Auskunft geben, die notwendig ist. Wenn wir das Gefühl haben, dass das möglicherweise nicht reichen könnte, bitten wir immer einen Kollegen aus dem Justizministerium, dazu zu kommen. So ist die Praxis. Man sollte übrigens mal darüber nachdenken, ob das so klug für uns, für Sie, für alle ist – das ist aber eine andere Frage.

Zum Vorgang selbst: Hier war es genauso. Sie haben einen Bericht beantragt. Wir haben zu dem Bericht vom Justizministerium einen Berichtszusatz angefordert. Der ist übrigens inhaltsgleich mit demjenigen, der im Rechtsausschuss vorlag. Die haben uns also den Text geliefert. Wir haben Ihnen das zugeschickt, und damit war unser Job erledigt. Die Frage, ob wir jemanden aus dem Justizministerium einladen, hat sich diesmal gar nicht gestellt. Wir haben nichts verhindert, und böse Strategien gibt es auch nicht. Ich habe keine Zeit für so etwas, und es ist simpel:

(Lachen von Benedikt Falszewski [SPD])

Die Frage hat sich nicht gestellt. Frau Kampmann, wenn Sie am Tag vorher im zuständigen Fachausschuss dasselbe Thema auf der Tagesordnung haben, würde jeder normale Mensch – und dazu würde ich mich zählen – sagen: Das haben die da erledigt; der Justizteil ist erledigt, denn die haben ja vor uns getagt.

(Christina Kampmann [SPD]: Aber wir haben den Bericht doch hier beantragt!)

– Frau Kampmann, hören Sie doch mal zu, bevor Sie widersprechen. Es kann ja sein, dass Sie anderer Meinung sind. Das ist auch nicht schlimm. – Ich mache es ganz deutlich: Wenn einen Tag vorher derselbe Text von der Justiz im zuständigen Ausschuss vorliegt, gehe ich davon aus, dass der dann auch besprochen wird. Wenn Sie es da nicht besprechen, kann ich das nicht ahnen. Es ist aber auch nicht mein Problem.

(Kopfschütteln von Sven Wolf [SPD])

Ich will Ihnen außerdem sagen: Es ist nicht irgendwie auf die Tagesordnung gekommen, sondern es war als TOP 10 offiziell auf der Tagesordnung. Nach meinen Informationen sind gestern um 7:20 Uhr die Berichte an die Abgeordneten herausgegangen.

(Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Die Mitglieder des Rechtsausschusses haben also gestern um 7:20 Uhr vom Justizministerium den Bericht bekommen, und es war ein ordentlicher Tagesordnungspunkt, TOP 10, übrigens angemeldet vom Justizminister.

(Zuruf von Dr. Christos Katzidis [CDU] – Weitere Zurufe)

Der Bericht lag also schriftlich vor, und natürlich konnten Sie darüber reden. Man hätte aber auch sagen können – der Wolf hat ja recht –: Der kam zu kurzfristig. – Dann hätte man aber logischerweise auch sagen müssen: Das verschieben wir heute. Das konnten wir nicht lesen. Das machen wir nicht.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist doch ein Taschenspielertrick!)

Wenn ich dieses Signal bekommen hätte, hätte ich es wahrscheinlich verstanden und jemanden hinzugeholt. Hier ist also weder eine böse Strategie noch Faulheit am Werk, vielmehr versuchen wir, unsere Kräfte gezielt einzusetzen. Da am Tag vorher dasselbe verhandelt wurde, habe ich nicht die Notwendigkeit gesehen, hier zusätzlich jemanden einzuladen. Das wäre – wie Sie wissen – kein Problem gewesen. Das machen wir ja, wenn es nötig ist.

Das ist aber eine Frage, die man stellen darf, und man kann sie auch anders beantworten. Kein Mensch will, dass wir hier 20 Mann aus dem Innenministerium, 20 Mann aus dem Justizministerium und 15 Mann aus dem Hauptausschuss sitzen haben. Wir müssen schon überlegen, wie wir das klug managen.

Herr Wolf und andere haben viele Fragen zu den Abläufen gestellt: Was hat die baye-rische Polizei gemacht? Stand da ein Eilvermerk drauf? Warum stand da kein Eilvermerk drauf? Was hat die Justiz gemacht? Warum haben die bei uns niemanden erreicht? – Die meisten davon kann ich Ihnen leider nicht beantworten, weil ich nicht dabei war und das nicht mein Zuständigkeitsbereich ist. Einige wenige berühren den Aspekt, ob die Polizei alles getan hat. Das haben wir heute, etwa was PeRisikoP angeht, so weit wie möglich beantwortet. Den anderen Fragen – davon können Sie ausgehen – wird nachgegangen. Mich interessiert auch, warum da keiner erreichbar war. Vielleicht haben die aber auch gar nicht angerufen, weil eventuell die Telefonleitung gestört war. Das kann alles sein, ich habe keine Ahnung, das sind alles Vermutungen. Mit Vermutungen arbeiten in der Politik eigentlich diejenigen Kräfte, die Unruhe stiften wollen. Ich finde aber, wir sollten versuchen – und das ist nicht immer einfach –, das sachlich abzuarbeiten. Das war kein böser Plan, das war eine logische Folge von Abläufen. Sollte jetzt noch etwas aufzuklären sein, ist das doch überhaupt kein Problem. Wir können in der nächsten Innenausschuss- oder der nächsten Rechtsausschusssitzung noch einmal darüber reden.

(Sven Wolf [SPD]: Sie hatten mir ja die Sondersitzung empfohlen!)

– Wann habe ich eine Sondersitzung empfohlen? Das haben Sie falsch hingehört. Das habe ich garantiert nicht vorgeschlagen.

(Sven Wolf [SPD]: Nicht hier! Für einen Kollegen!)

– Nein. Ich schlage gar nichts vor, für andere Leute sowieso nicht. Ich habe mit mir selbst genug zu tun.

(Heiterkeit)

Hinsichtlich der Fragen, die noch nicht beantwortet sind, kümmern wir uns, wenn wir sie beantworten können, um Aufklärung. Jetzt können wir sie aber noch nicht beantworten. Wir können uns das auch nicht erklären. Vermutungen helfen hier aber nicht weiter. Sie bekommen in der nächsten Sitzung Antworten, aber nur was unseren Teil betrifft, den Rest müssen Sie in anderen Ausschüssen behandeln.

Eine kleine Bitte als Minister – ich bin ja auch Abgeordneter, aber natürlich kein Mitglied in diesem Ausschuss –:

(Heiterkeit von Sven Wolf [SPD])

Denken Sie bitte mal darüber nach, ob wir nicht bessere Regeln finden müssen, um die Zuständigkeiten zu klären. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Landtag in seiner großen Güte und Weisheit nicht deshalb so viele Ausschüsse geschaffen, damit jeder in jedem Ausschuss alles behandelt, sondern vielmehr damit man arbeitsteilig vorgeht. Das war die Idee der Fachausschüsse – so habe ich es zumindest verstanden.

(Heiterkeit von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Wir sind, was den Umgang mit unserer Zeit angeht, auf keinem besonders guten Weg. Mein Problem ist das weniger, aber ich sehe ja, was Sie immer alles an Terminen erledigen müssen. Nur der Hinweis: Man sollte ganz allgemein und losgelöst von dem Fall klären, wann die Vorsitzende die Grenze ziehen muss oder auch nicht. Das ist nicht einfach, auch nicht für Sie, aber wenn man das vorher klärt, geht das vielleicht.

Christina Kampmann (SPD): Da war noch die Frage an Herrn Mosch, ob die Einstufung erfolgte – so wie ich es gelesen habe –, weil der Beschuldigte eine Ankündigung im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt gemacht hat, oder ob die Einstufung erfolgte – so wie ich Sie verstanden habe –, weil er eine Tat angekündigt hat, die über den Bereich der häuslichen Gewalt hinausging. Das würde ja möglicherweise bedeuten, dass der Polizei in Duisburg auch eine andere Gefährdung durch den Beschuldigten bekannt gewesen wäre.

Die Frage, wann wen welche Email erreicht hat, müssen wir wirklich klären. Wenn die Rechtspolitiker*innen die E-Mail um 7:20 Uhr erreicht hat – was bei einigen, wie sie gerade gesagt haben, nicht der Fall war –, frage ich mich, warum wir den identischen Bericht erst mittags bekommen haben und dadurch sehr viel weniger Zeit hatten.

Herr Reul, wir müssen uns daran gewöhnen, dass Innenpolitik nicht auf einer Insel stattfindet, sondern dass es vielmehr in der Natur der Sache liegt, dass es immer wieder Überschneidungen mit dem Justizbereich gibt. Das werden wir hier keinesfalls auseinanderklamüsern müssen. Deshalb wird diese Frage uns mit Sicherheit noch weiter beschäftigen.

Wenn Sie auf meine Frage eingehen könnten ...

Minister Herbert Reul (IM): Ich würde gerne eine Klarstellung herbeiführen: Unser Bericht ist deshalb später gekommen, weil zu dem Justizteil noch der Polizeiteil hinzugefügt wurde. Das ist ein Zusatz.

(Christina Kampmann [SPD]: Sie hatten eben gesagt, dass das wegen der Justiz immer so spät kommt!)

– Das war aber nicht auf den Fall bezogen. Ich bitte, da zu unterscheiden. „Wegen der Justiz“ ist auch falsch. Wenn andere Ministerien beteiligt werden, dauert es generell länger, als wenn eines allein antwortet – das ist logisch.

Vorsitzende Angela Erwin: Ein Hinweis von meiner Seite aus: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Ich würde sagen, dass wir danach die Rednerliste schließen und zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Wir haben noch einige Tagesordnungspunkte vor uns. Wir sind in diese Sitzung mit der Erwartungshaltung gestartet, dass wir heute mal durchkommen. Wenn ich in die Runde schaue, bin ich mir da nicht mehr ganz so sicher.

LKD Peter Mosch (IM): Sehr geehrte Frau Kampmann, natürlich arbeiten wir das jetzt genau auf. Die ganzen Details müssen wir uns jetzt alle berichten lassen. Wenn er aufgrund der häuslichen Tat eingestuft wurde, hatte das natürlich mit dem Gesamteindruck und der Frage danach zu tun, ob er vielleicht weiter gefährlich ist. Das ist natürlich eine prognostische Sache. Wenn man zu einem späteren Zeitpunkt zu der Entscheidung kommt, ihn auszustufen, weil in dieser Situation alle beteiligten Netzwerkpartner dafür sind und keine weiteren Meldungen mehr bei der Polizei eingehen, ist das soweit erst einmal nachvollziehbar. Wenn er dann wieder im häuslichen Bereich aktiv geworden ist, stellen sich folgende Fragen: Was genau war das genau für eine Tat? Welche Prognose hat man daraufhin gestellt? Hätte er eingestuft werden müssen? Das müssen wir fachaufsichtlich tatsächlich noch überprüfen. Ich hoffe, dass das Ihre Frage beantwortet. Aber natürlich werden wir nachbereiten, ob das hätte anders laufen müssen.

Christina Kampmann (SPD): Er ist ja erstmalig tätig geworden und dann nicht eingestuft worden. In dem Bericht habe ich gelesen, dass er eingestuft wurde, obwohl er die Tat nur angedroht hatte, und dann wurde er ausgestuft. Nachdem er zwei Taten begangen hatte, wurde er aber nicht wieder eingestuft. Mich wundert, dass man eingestuft wird, wenn man etwas nur androht, aber dann ausgestuft wird. Und wenn es dann tatsächlich zum Vollzug kommt, erfolgt keine Einstufung. Das passt für mich nicht so richtig zusammen, aber das soll ja auch aufgearbeitet werden.

(LKD Peter Mosch [IM]: Das arbeiten wir auf!)

Sven Wolf (SPD): Da keine meiner Fragen beantwortet wurde, will ich Sie noch einmal stellen. Herr Mosch, ist inzwischen bei der bayerischen Polizei nachgefragt worden, warum sie hinsichtlich der Gefahrenabwehr zu einer anderen Einschätzung kam als

die Polizei in Nordrhein-Westfalen? Vielleicht gab es da ja Erkenntnisse, die hilfreich gewesen sind.

Ich hatte Sie gefragt, warum die zuständige Dezernentin bei der Staatsanwaltschaft nicht parallel gegenüber der Polizei ...

(Minister Herbert Reul [IM]: Herr Wolf, ich kann das nicht beantworten!)

– Ich stelle die Frage trotzdem.

(Minister Herbert Reul [IM]: Ich kann die doch nicht beantworten!)

– Es geht um die Polizei. Dafür haben Sie doch Ihre Leute.

(Minister Herbert Reul [IM]: Woher soll ich wissen, warum die Staatsanwältin etwas nicht gemacht hat? Ich bin weder Psychologe noch Justizminister! – Zuruf – Minister Herbert Reul [IM]: Das ist dieselbe Frage wie eben, und ich kann sie nicht beantworten!)

– Ich stelle sie trotzdem noch einmal. Dann haben wir sie im Protokoll. Das können Sie vielleicht bei nächster Gelegenheit Ihrem Ministerkollegen Limbach zur Verfügung stellen.

(Minister Herbert Reul [IM]: Ne, garantiert nicht!)

Dann kann er das beantworten.

Noch einmal: Wieso wurden aus polizeilicher Sicht nicht unverzüglich Maßnahmen umgesetzt? Herr Mosch macht den Eindruck, als ob er gar nicht mehr antworten will.

Der Ermittlungsrichter ist am Freitag, 23. Februar, zu der Ansicht gelangt, dass da etwas zu tun sei und hat überlegt – so ist es uns berichtet worden –, ob Maßnahmen der Gefahrenabwehr nach § 41 Polizeigesetz zu ergreifen seien. Er hat versucht, die Polizei anzurufen. Konnten Sie ermitteln, warum die Polizei nicht zu erreichen gewesen ist?

Auch diese Frage stelle ich noch einmal: Warum ist der Durchsuchungsbeschluss erst einen Tag nach dem Angriff auf die beiden Kinder bei der Polizei in Duisburg eingegangen? Die Frage hatte ich eben schon gestellt. Es geht nicht darum, wann er von der Staatsanwaltschaft verschickt worden ist, sondern vielmehr darum, warum er dann erst eingegangen ist. Gibt es darauf irgendeinen Hinweis?

Wieso ist die von der Dezernentin bei der Staatsanwaltschaft erbetene fernmündliche Benachrichtigung der Polizei durch das Duisburger Amtsgericht hinsichtlich der Abholung der Vorgänge nicht erfolgt? Gibt es einen Hinweis, dass auf polizeilicher Seite eine Rückmeldung fehlte?

Ich hatte ja den Hinweis gegeben, dass wir aus der Presse wissen, dass der Tatverdächtige nun in psychiatrischer Unterbringung ist. Hier interessiert mich der Bezug zu PeRisikoP bzw. die Bewertung der dortigen Abläufe.

Minister Herbert Reul (IM): Ich nehme eine Frage heraus, um zu erklären, warum ich eben so reagiert habe: Sie haben dreimal gefragt, warum die Polizei telefonisch nicht

erreichbar gewesen sei, und wir haben dreimal geantwortet, dass wir das nicht wüssten, aber versuchten, zu ermitteln. Sie können die Frage noch fünfmal stellen, aber Herr Mosch oder ich können sie nicht beantworten. Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir versuchen, das zu ermitteln.

Zur Frage nach der Durchsuchung: Es war einen Tag später, weil die Akten erst einen Tag später angekommen sind. Sie sind doch der Jurist. Die Polizei kann nicht einfach eine Durchsuchung machen. Oder sehe ich das falsch? Dafür braucht es eine Grundlage, und dafür braucht es die Akten. Wenn die Akten erst einen Tag nach der Tat ankommen, kann die Polizei mit den Durchsuchungen doch nicht vorher anfangen. Oder bin ich im falschen Film? Das steht übrigens auch im Bericht.

(Christina Kampmann [SPD]: Aber da war die Tat ja schon passiert!)

Andreas Bialas (SPD): Lässt man es Revue passieren, stellt man fest: Das ist eine äußerst tragische und traurige Angelegenheit, die hier zugrunde liegt. Zwei kleine Kinder sind fast ermordet worden. Die Fragen zu vorliegendem Sachverhalt sind: Haben NRW-Behörden hier Fehler gemacht? Haben sie nicht bzw. zu spät gehandelt und den angekündigten Mordanschlag auf die zwei kleinen Kinder somit nicht frühzeitig verhindern können? Mit diesen Fragen werden wir uns weiter beschäftigen – das ist vollkommen klar.

Habe ich es richtig verstanden, dass die Polizei vor der Begehung des angekündigten Mordanschlags keinerlei Informationen, Hinweise, Benachrichtigungen erhalten hat?

Minister Herbert Reul (IM): Das steht – wenn ich mich recht erinnere – im Bericht. Wir hatten nach der Berichtslage keinerlei Informationen. Wir versuchen aber jetzt, noch ein paar Fragen zu klären.

Sven Wolf (SPD): Ich wollte das nur klarstellen, nicht dass im Raum stehen bleibt, ich sei blöd. Ich habe den Bericht gelesen. Herr Reul, natürlich erwarte ich nicht, dass die Polizei Durchsuchungsmaßnahmen durchführt, bevor der Beschluss des Gerichts da ist. Sie haben auf den zeitlichen Ablauf hingewiesen, aber dann muss man den auch ganz darstellen: Am 26. Februar gab es den Durchsuchungsbeschluss, am 27. Februar ist er morgens ausgeführt worden, und am 29. Februar, zwei Tage später, kommt die Akte mit dem Beschluss bei der Polizei an. Bedauerlicherweise haben sich die Ereignisse dann überschritten. Meine Frage zur polizeilichen Seite war nur: Konnten Sie ermitteln, warum der Eingang erst am 29. Februar gewesen ist? Es könnte ja sein, dass Sie sagen: Das dauert immer zwei Tage vom Amtsgericht zur Polizei. – Das frage ich bezüglich der polizeilichen und nicht der amtsgerichtlichen Sicht.

Minister Herbert Reul (IM): Tut mir leid, ich kann es nicht beantworten, weder aus der polizeilichen noch aus sonst einer Sicht. Vielleicht aus der verkehrspolitischen Sicht? Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

10 Wie soll ein reibungsloser Abtransport von Brennelementen des Forschungsreaktors Jülich sichergestellt werden? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2389

– keine Wortbeiträge

11 Was beinhaltet die neue Fachstrategie Verkehr in Nordrhein-Westfalen?
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2377

– keine Wortbeiträge

12 **Erfolgreicher Schlag gegen Crimemarket** *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2376

Mit Blick auf die über 180.000 festgestellten Personen, die die sich für die Angebote der Handelsplattform interessiert bzw. diese genutzt hätten, möchte **Dr. Christos Katzidis (CDU)** wissen, inwieweit daraus neue Ermittlungsansätze resultierten. Zudem möge dargelegt werden, ob sich der zu betreibende Ermittlungsaufwand in der personellen Ausstattung der zuständigen Dienststellen widerspiegle. Außerdem interessiere ihn, welche Deliktarten den 109 bundesweit eingeleiteten Strafverfahren zugrunde lägen und ob sich darunter auch Verbrechenstatbestände befänden.

In Kooperation mit dem Cyber Campus NRW durchliefen bis zu 50 Studierende der Polizei ein entsprechendes Studium, um sich für die Bekämpfung von Cybercrime zu qualifizieren. Wie stehe es dort um die Bewerbungslage? Wie erfolge die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber?

KD Nils Godry (IM) weist darauf hin, dass die nicht erfolgte Vorratsdatenspeicherung dazu führe, dass man keine IP-Adressen ermitteln könne. Bei den erwähnten 180.000 Personen handle es sich lediglich um Nutzeraccounts ohne hinterlegte authentische Personaldaten. Allerdings seien auf den Servern etwa 5 Millionen Nachrichten gefunden worden, mittels derer man nun versuche, Personen zu identifizieren. Bei den abgetrennten Ermittlungsverfahren gehe es schwerpunktmäßig um Waffen- und Betäubungsmitteldelikte. Die zuständige Ermittlungskommission wirke am Polizeipräsidium Düsseldorf und werde vom Landeskriminalamt technisch unterstützt. Über eine etwaige personelle Verstärkung entscheide man nach Auswertung der vorliegenden Spuren.

Für den Cyber Campus NRW habe man beim ersten Mal 18 und beim zweiten Mal über 50 Bewerberinnen und Bewerber ausgewählt, und im derzeitigen Verfahren befänden sich seiner Kenntnis nach 37. Diese hätten ein mehrstufiges Auswahlverfahren durchlaufen, in dem sie auf bestimmte Voraussetzungen hin geprüft worden seien. Es brauche unter anderem IT-Affinität und Fortbildungsbereitschaft, da ein solcher Studiengang eine große Belastung darstelle und viele Herausforderungen mit sich bringe. So prüfe beispielsweise das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten mathematische und informatische Fähigkeiten ab. Hinzu kämen von den Kreispolizeibehörden durchgeführte standardisierte Interviews, um eine weitergehende Einschätzung der Kompetenz und der Motivation der Bewerberinnen und Bewerber zu ermöglichen. Dieses Verfahren diene vor allem dazu, ein Scheitern der an die Hochschule entsandten Kolleginnen und Kollegen zu verhindern.

Marc Lürbke (FDP) möchte wissen, warum die Vorratsdatenspeicherung eine Ermittlung der IP-Adressen ermöglicht hätte, da man doch davon ausgehen müsse, dass

Anonymisierungs- bzw. Verschlüsselungsinstrumente wie Tor oder VPN verwendet worden seien.

KD Nils Godry (IM) erwidert, dass derartige Instrumente die Ermittlungen hinsichtlich der IP-Adressen in der Tat erschweren, nichtsdestotrotz würde es dann aber immerhin noch Ermittlungsansätze geben.

13 Silvester 2022/2023 – Ein Jahr danach: Wie sieht die Bilanz aus? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2375

Markus Wagner (AfD) vertritt die Ansicht, dass es den von NRW für das Lagebild des Bundes gelieferten Zahlen an Aussagekraft fehle, weshalb er sich Folgendes frage: Stelle das Lagebild überhaupt eine verlässliche Grundlage dar? Wie bemesse man, wie viele Polizisten bei einem künftigen derartigen Ereignis wo und wann eingesetzt werden müssten? Bestehe möglicherweise sogar die Gefahr der Ressourcenverschwendung?

In der Vorlage 18/2175 zum selben Thema heiÙe es:

„Inwieweit die polizeilich erfassten Ordnungswidrigkeiten und Straftaten einen inhaltlichen Zusammenhang mit der Silvesternacht 2022/2023 aufweisen, kann den Datenbanken der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen nicht automatisiert entnommen werden. Eine händische Auswertung ist in der zur Verfügung stehenden Zeit mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich. [...] Die Generalstaatsanwälte des Landes haben dem Ministerium der Justiz landesweite aussagekräftige Daten zu den erfragten Verfahrenszahlen im Zusammenhang mit der Silvesternacht 2022/2023 nicht berichtet und zur Begründung ausgeführt, dass automatisierte Abfragemöglichkeiten zur Ermittlung dieser Verfahren nicht bestünden.“

Warum funktionierten automatisierte Abfragen nicht? Wann werde diese Option implementiert? Das hätte mit Blick auf die Silvesternacht 2015/2016 in Köln längst geschehen müssen. Die derzeitigen Zustände erinnerten jedenfalls an das vorige Jahrhundert.

Vorsitzende Angela Erwin weist ihren Vorredner darauf hin, dass sich die Zuständigkeit des Ausschusses auf Nordrhein-Westfalen beschränke.

LKD Peter Mosch (IM) stellt klar, dass man die 3.554 für die Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen erfassten Straftaten der Silvesternacht 2022/2023 sehr wohl automatisiert auswerten und dementsprechend detailliert aufschlüsseln könne, etwa nach Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Das funktioniere allerdings nicht bei den Ordnungswidrigkeiten, beispielsweise im Verkehrsbereich. Zu den Auswertungsmöglichkeiten des Justizressorts könne er nichts sagen.

Auf die Frage nach der Ableitung von Kräftebedarfen aus dem erwähnten Lagebild antwortet **IdP Michael Schemke (IM)**, dass der jeweilige Kräftebedarf immer auf Grundlage aktueller und somit differierender Lagebeurteilungen ermittelt werde, weshalb es diesbezüglich keine Standardzahlen gebe.

Markus Wagner (AfD) möchte wissen, wie man den Kräftebedarf für die kommende Silvesternacht einschätzen wolle, wenn es keine eindeutige Datengrundlage zu den vergangenen Silvesternächten gebe. Zudem interessiere ihn nach wie vor – und das betreffe sehr wohl die Zuständigkeit des Ausschusses –, ob das Lagebild des Bundes wegen nicht aussagekräftiger Zahlen aus Nordrhein-Westfalen verfälscht worden sei.

Minister Herbert Reul (IM) legt dar, dass NRW der nachträglich erhobenen Forderung, Zahlen zu liefern, nach bestem Wissen und Gewissen Folge geleistet habe. Dass diese Zahlen nicht uneingeschränkt aussagekräftig gewesen seien, was im Übrigen auch für die anderen Bundesländer gelte, liege in der Natur der Sache.

Die Bemessung des Kräftebedarfs, etwa für Demonstrationen oder Fußballspiele, habe er selbst auch schon zu ergründen versucht. Diesbezüglich spielten weniger Mathematik bzw. Statistik als vielmehr Fachkunde und Erfahrungswerte die entscheidende Rolle.

14 Silvesternacht 2023/2024: Wie schlimm war es diesmal? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2388

Bezug nehmend auf den vorherigen TOP, fragt **Markus Wagner (AfD)**, ob NRW, anders als für die Silvesternacht 2022/2023, für die Silvesternacht 2023/2024 aussagekräftige Zahlen zum Lagebild des Bundes habe zuliefern können. Zudem möge dargelegt werden, bis wann mit einem umfassenden Lagebild zu rechnen sei.

LKD Peter Mosch (IM) antwortet seinem Vorredner, dass NRW zum Lagebild des Bundes seiner Kenntnis nach ordnungsgemäß zugeliefert habe.

15 Meinerzhagen: Jugendlicher verstirbt, weil er Streit schlichten wollte – Was sind die Hintergründe? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2393

Markus Wagner (AfD) fragt, ob es unter den im vorliegenden Bericht angeführten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit auch solche mit weiteren Staatsangehörigkeiten gebe.

LKD Peter Mosch (IM) erläutert, dass es sich um eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik handle, in der mehrfache Staatsangehörigkeiten nicht erfasst würden.

Markus Wagner (AfD) fragt nach, ob es die Absicht gebe, in der PKS künftig mehrfache Staatsangehörigkeiten zu erfassen. Schließlich müsse damit gerechnet werden, dass dieses Phänomen künftig gehäuft auftrete.

LKD Peter Mosch (IM) erwidert, dass es sich um Bundesrichtlinien handle und er von derartigen Bestrebungen nichts wisse.

16 Oberhausen: Ukrainer sterben nach Messerattacke – Ermittler haben einen neuen Verdacht (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*)

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/117

– wird heute nur nichtöffentlich behandelt; s. nöAPr 18/66

17 Bahnhöfe in NRW – Orte der Gewalt – Wie sieht die Entwicklung aus?
(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2386

Einleitend darauf hinweisend, dass nordrhein-westfälische Bahnhöfe im bundesweiten Vergleich hinsichtlich der dort verübten Straftaten häufig einen der ersten zehn oder sogar ersten fünf Plätze belegten, möchte **Markus Wagner (AfD)** wissen, ob bereits Zahlen für die Monate Januar und Februar 2024 vorlägen. Gehe die Landesregierung von sinkenden, gleichbleibenden oder steigenden Zahlen aus? Wie entwickelten sich die Zahlen in den Gebieten rund um die Bahnhöfe, die nicht in die Zuständigkeit der Bundes-, sondern der Landespolizei fielen?

LKD Peter Mosch (IM) antwortet, dass dem Land derzeit noch keine entsprechenden Daten aus dem Bund vorlägen.

Markus Wagner (AfD) wiederholt seine Frage nach den Zahlen für die bahnhofsnahe Gebiete, die in die Zuständigkeit der Landespolizei fielen.

LKD Peter Mosch (IM) erwidert, dass die Zahlen für das Jahr 2023 in einer Entwurfsfassung existierten, allerdings derzeit noch qualitätsgesichert ausgewertet würden, weshalb man sie erst zu einem späteren Zeitpunkt öffentlich machen könne.

18 Bedburg-Hau: Brandkatastrophe in einem Seniorenheim – Was sind die Fakten? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 7])*

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Vier Tote: eine 50-jährige, eine 74-jährige sowie zwei 60 Jahre alte Bewohnerinnen und Bewohner – ein fürchterliches Ereignis, das nicht nur die Menschen in der Region, sondern auch darüber hinaus sehr betroffen macht. Die Gedanken sind bei den Angehörigen der vier Verstorbenen. Das gilt aber auch für diejenigen, die verletzt wurden: drei Schwerverletzte, 15 Leichtverletzte, zudem wurden ein Feuerwehrmann, ein Polizist und eine Mitarbeiterin der Einrichtung leicht verletzt; insgesamt sind es 21 Verletzte. Ich wünsche allen, dass sie bald genesen.

Ausdrücklich möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die da professionelle Arbeit geleistet haben. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst haben in der Nacht von Sonntag, den 3. März, auf Montag, den 4. März, mit großem Einsatz und großer Professionalität gearbeitet, um Leben zu retten und den Brand zu bekämpfen. Herzlichen Dank dafür! Es berührt einen schon, wenn sie da stehen und sagen: Wir haben vier Menschen nicht retten können. – Dann sagt man ihnen: Sie haben aber auch viele gerettet. Seien Sie darauf stolz. – Aber das sind eben Menschen, die um jeden trauern, den sie nicht retten können.

Ich war am Montagmorgen da und kann nur sagen: Das ist eine bedrückende Situation gewesen. – Es sind Menschen gestorben, man konnte ihnen nicht mehr helfen. Diese Vorstellung hat die Betroffenen am meisten mitgenommen. Das hat aber auch motiviert und sie sagen: Wir werden alles tun, um herauszufinden, wie und warum es zu diesem Brand kommen konnte.

Die Ermittlungen sind im Gang. Sie wissen, dass wir keine detaillierten Auskünfte zum Verfahrensstand geben können. Aber einiges kann man schon sagen: Gegen 3:50 Uhr, am 4. März, erhielt die Rettungsleitstelle Kleve eine Meldung über einen Brand im Seniorenheim Haus Simon in Bedburg-Hau. Sofort wurde der Gesamtalarm für die Feuerwehr in Bedburg-Hau ausgelöst, und aus den Kreisen Borken und Wesel wurde Soforthilfe angefordert. Parallel informierte die Feuerwehr die Leitstelle der Polizei Kleve über den Brandmeldealarm. Feuerwehr und Rettungsdienst entsandten umgehend alle verfügbaren Einsatzkräfte. Vor Ort wurde eine Besondere Aufbauorganisation eingerichtet.

Es konnten viele Menschen aus dem brennenden Gebäude gerettet werden, manche verletzt. Leider kam die Hilfe für vier Menschen zu spät. Dieser Einsatz war für die Betroffenen sehr bedrückend. Ich bin deshalb froh, dass schon vor Ort Betreuungsangebote gemacht werden konnten, und zwar sowohl für die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst als auch für die Betroffenen aus dem Haus. Sie mussten eine Zeit lang da warten, bis entschieden war, wie es weitergeht.

Die Ermittlungen zur Brandursache werden seitens der Polizeibehörde Kleve im Rahmen einer Ermittlungskommission geführt. Aktuell wird gegen einen Heimbewohner wegen fahrlässiger Brandstiftung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung ermittelt. Er hatte zunächst berichtet, dass er eingeschlafen sei und

seine Zigarette vermutlich etwas in Brand gesteckt habe. Die Ermittlungen laufen allerdings noch, und das kann man noch nicht abschließend beantworten. Eine förmliche Vernehmung konnte aus gesundheitlichen Gründen übrigens noch nicht erfolgen. Außerdem ergaben sich Hinweise darauf, dass eine Brandschutztür auf der betroffenen Etage nicht ordnungsgemäß geschlossen gewesen sein könnte. All das ist aber noch vorsichtig zu bewerten. Vor diesem Hintergrund wurde zwischenzeitlich ein gesondertes Strafverfahren gegen Verantwortliche eingeleitet. Es ist also noch alles im Fluss. Die Elemente, zu denen es im Moment Ermittlungen gibt, habe ich Ihnen genannt, aber Ergebnisse liegen noch nicht vor.

19 Fortschritte im Kampf gegen Geldautomatensprenger *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Wir wollen berichten, weil Geldautomatensprengungen ein Thema sind, das uns schon häufig beschäftigt hat. Wir haben natürlich Kenntnis davon, wie klassische Banküberfälle stattfinden, aber das ist ein neues Phänomen. Die Durchführung ist gezielt und professionell. Wir wussten anfangs noch nicht viel über die Täterstrukturen, über die Herkunft oder über die Modi, nach denen da gearbeitet wird.

Aufgrund dessen, dass von den Sprengversuchen ganze Häuser betroffen sind, hat das Phänomen zwischenzeitlich eine neue Dimension angenommen. Die Täter agieren immer skrupelloser. Vor knapp zwei Jahren, im Mai 2022, habe ich daher eine im Ministerium angesiedelte Sonderkommission eingerichtet, BEGAS genannt. Die Einrichtung der Sonderkommission war wichtig, da seitdem ganzheitlich auf das Phänomen geguckt wird. Nur mit Ermitteln und Festnehmen kommt man – das hat die Vergangenheit gezeigt – nicht weiter. Ich habe damals gesagt: Dieser Kampf führt nicht von heute auf morgen zu Ergebnissen. Die Überfälle werden nicht plötzlich aufhören. – Das liegt auch daran, dass Nordrhein-Westfalen für die Banden attraktiv ist. Es gibt 500 Kilometer Grenzlinie, ein dichtes Autobahnnetz und bundesweit die meisten Automaten. Das ist so, das können wir nicht ändern.

Die Banken sind für ihre Geldautomaten und deren Sicherung zunächst einmal selbst verantwortlich. Darauf hat die Polizei keinen direkten Einfluss. Trotzdem sind wir in nicht einmal zwei Jahren unserem Ziel ein Stück nähergekommen. Der Kampf ist nicht vorbei. Wir führen ihn heute allerdings anders: taktisch klüger, mit mehr und besserer Technik und mit spezialisiertem Personal.

Zu den Zahlen im aktuellen Jahr, Stand heute: acht Sprengungen. Die Täter mussten übrigens in acht Fällen ohne Beute abziehen. Das ist immer noch mehr als null, also immer noch zu viel. Vielleicht wird man null auch nie erreichen, aber es ist deutlich weniger als früher. Im Vergleichszeitraum des Jahres 2023 gab es fast fünfmal so viele Sprengungen, nämlich 38, und im Jahr 2022 waren sechsmal so viele, nämlich 48. Zufrieden sind wir nicht, aber die Richtung stimmt. Wir haben zwischenzeitlich 47 Täter festgenommen. Das wird gerne vergessen, wenn man sich jeden Fall nur einzeln anschaut.

Zu den Sprengungen kann man sagen: Das ist Arbeit im Akkord. Die sind meistens nicht länger als drei bis vier Minuten am Tatort, häufig verumumt. Wir haben also wenig Zeit, um zu reagieren. Es gibt nur schlechte Bilder und wenig Spuren am Tatort. Weil die Täter in den meisten Fällen aus den Niederlanden kommen – zu 80 % laut unserer Schätzung –, sind die Ermittlungen mühsam.

Wir haben nicht nur Leute festgenommen, die selber gesprengt haben, sondern auch – und das ist neu – Handlanger, die zum Beispiel dicke Fluchtwagen zur Verfügung gestellt haben. Das läuft dann unter der Überschrift „Autovermietung“. Die Helfer sollen wissen – darum ist das bedeutsam –: Wegen Beihilfe bei Sprengstoffexplosionen kann es laut Gesetz bis zu zehn Jahren Haft geben. Das wird auch

abgeurteilt. Im April letzten Jahres zum Beispiel wurde ein Helfer zu fünf Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderes Verfahren läuft noch.

Was hat die Sonderkommission konkret für Maßnahmen ergriffen? Das Ziel war klar: Wir wollen nicht zum Eldorado für Geldautomatensprenger werden. – Es war uns auch klar: Es gibt nicht die eine Lösung, vielmehr brauchen komplexe Herausforderungen komplexe Antworten. Es sind also mehrere Maßnahmen erforderlich, die sich ergänzen – Stichwort „ganzheitlich“.

Es gibt fünf Handlungsfelder. Da ist zunächst der Einsatz. Was ist unmittelbar zu tun, wenn gesprengt wurde? Was ist wichtig vor Ort? Die Einsätze werden seit Juni 2023 in den sechs Großpräsidien Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster bearbeitet, konzertiert im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation. Sämtliche Einsatz- und Fahndungsmaßnahmen werden also zentral von sehr erfahrenen Polizeiführern gelenkt. Es gibt einen unmittelbaren und schnellen Austausch zwischen den Grenzbehörden und den Niederlanden. Deshalb sind wir übrigens darauf gekommen. Die Niederländer haben ein Stück weit darüber geklagt, dass sie mit jeder Behörde einzeln zu tun hätten. Wir haben dann gesagt: Wir konzertieren das.

Der nächste Punkt sind die Ermittlungen. Wir haben uns gefragt: Wie können wir bei alledem, was vor und nach dem Sprengen kommt, besser werden? So haben wir etwa die Tatortarbeit optimiert. Die Spurensicherung wird jetzt im Rahmen der KTU, der Kriminaltechnischen Untersuchung, vorgenommen, das heißt, da kommen Experten mit großem Besteck wie auch bei Tötungsdelikten. Laserscanner und Drohnen sind im Einsatz, da geht keine Spur verloren. Das ist im Einzelfall vielleicht nicht wichtig, aber in der Reihe der Fälle kann das sehr hilfreich sein. So haben wir zum Beispiel 230 DNA-Spuren gespeichert. Die helfen dann bei den nächsten Fällen. Es können dann Verbindungen zu anderen Taten hergestellt werden. Zudem ermitteln bei Geldautomatensprengungen jetzt immer die sechs Großpräsidien gemeinsam mit dem Landeskriminalamt – auf gut Deutsch: Da sitzen jetzt mehr Ermittlerinnen und Ermittler an den Fällen, insbesondere auch solche mit Spezialwissen zu diesem komplexen Phänomen.

Die internationale Zusammenarbeit ist ein weiterer Aspekt. Ich habe eben schon gesagt, dass vermutlich 80 % aus den Niederlanden kommen. Wir müssen also mit den Niederländern reden. Das war am Anfang ein bisschen mühsam, aber klappt jetzt ganz gut. Es klappt immer dann gut, wenn es um das Ermitteln und das Fahnden geht. Wir haben in den Niederlanden mit deutscher Unterstützung mittlerweile 127 Festnahmen gehabt. Man merkt also, dass es geht vorangeht. Wahrscheinlich sind noch viel mehr möglich, aber 127 ist schon eine Zahl.

Länderübergreifende Zusammenarbeit: NRW steht nicht allein auf weiter Flur. Wir versuchen, mit anderen Bundesländern zusammenzuarbeiten, und haben deshalb eine länderübergreifende Interessengemeinschaft gegen Geldautomatensprengungen, LIGA, gegründet. Wir verdrängen mit unseren Aktivitäten nämlich auch, und deshalb ist es klug, mit anderen Bundesländern zusammenzuarbeiten. Hessen, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind mit im Boot, die Bundespolizei und das Landeskriminalamt auch. Es kommen immer mehr hinzu.

Ein weiterer Punkt ist die Prävention: Öffentlichkeitsarbeit, miteinander reden, informieren, beraten, auch der Schulterschluss mit den Banken gehört dazu. In diesem Zusammenhang ist im LKA die Risikokarte mit allen Geldautomaten in NRW entstanden. Diese gibt den Banken wertvolle Hinweise dazu, wie bedroht die jeweiligen Standorte sind. Wir können jetzt also die Automatenstandorte priorisieren. Es gibt Spitzen- oder auch Einzelgespräche mit Banken bzw. Bankenvertretern. Manche habe ich geführt, viele machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es muss klargemacht werden, dass es die Hausaufgabe der Banken ist, ihre eigenen Automaten zu schützen. Es gibt bei den Kreispolizeibehörden eine Menge Berater bzw. Fachleute, die dabei helfen. Es geht um Sicherheitskonzepte, um Technik, um individuelle Beratung. Jeder Automat steht woanders und ist anders abgesichert. Jede Filiale braucht etwas anderes. Gar nichts zu machen, nichts zu installieren, ist keine Lösung.

Wir haben zum Beispiel gemeinsam mit Niedersachsen einen Sprengtest gemacht und Einfärbssysteme verschiedener Geldautomaten getestet und das dann mit den Banken geteilt. Wir hatten Banken und Versicherungen mit dabei, und das hat dazu geführt, dass die kapiert haben: Es gibt nicht nur teure Einfärbssysteme, sondern auch günstigere, die die gleiche Wirkung haben und die – das ist der Clou – von den Versicherungen anerkannt werden. – Das ist für Banken entscheidend, da die sich sagen: Wir können nur solche Sachen einbauen, die zertifiziert sind. Die einfache Technik muss akzeptiert werden, damit die Versicherungen uns bezahlen.

Ein Konzept ist die Begrüßungstinte. Im Geldautomaten ist auch ein Farbpaket installiert, und das sorgt in Kombination mit der Tinte in der Geldkassette für einen interessanten Doppeleffekt: Das Geld wird markiert, die Täter aber auch. Wenn eine Truppe mit eingefärbten Händen in eine Verkehrskontrolle kommt, die dann zufällig auch noch eine Tasche voller Geldscheine im Kofferraum stehen hat, ist alles klar: Die kommen nicht von einem Malkurs, sondern von einer Geldautomatensprengung.

(Heiterkeit von Christina Kampmann [SPD], Dr. Julia Höller [GRÜNE] und Marc Lürbke [FDP])

Es gibt noch andere Schutzmechanismen wie Nachtverschlüsse oder Vernebelungsanlagen. Die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile mindestens eine Sicherheitstechnik drin. Die Banken haben ihre Hausaufgaben also gemacht. Deswegen bin ich auch behutsam damit, herumzumeckern, was die alles noch machen müssten.

Die Botschaft ist: Kein Automat ist mehr ungeschützt; manche sind noch nicht ausreichend geschützt, aber sie kommen sehr gut voran. – Das ist genau das, was unsere Experten immer raten: die Banken nicht alleinlassen, sondern helfen, auch mit unserem Know-how. – Die Opferschutzbeauftragten der Polizei unterbreiten auch Angebote für Anwohnerinnen und Anwohner. Das alles hat bisher zwar viel Schrecken, Ärger, Unruhe und Angst verursacht, aber Gott sei Dank ist noch nichts passiert. Die Täter gehen das ohne jede Rücksicht auf Verluste an, und die interessiert nicht, ob dabei Menschen gefährdet werden.

Ich wiederhole es: Das ist ein Marathon. Da gibt es nicht die eine Lösung, sondern viele Stellschrauben. BEGAS wird genauso weiterarbeiten. Ich finde, dass die letzten Monate gezeigt haben, dass wir ganz gut vorankommen.

Wir untersuchen übrigens gerade die Frage, ob wir mit Seismografen arbeiten können, also mit Geräten, die bei Erdbeben zum Einsatz kommen. Möglicherweise können die uns dabei helfen, viel schneller zu erfahren, noch bevor irgendwelche Meldungen herausgehen, an welcher Stelle eine Sprengung passiert ist. Schnelligkeit ist ein entscheidender Aspekt. Im Moment läuft der Testbetrieb. Ich habe aber den Eindruck, dass das noch ein interessantes Zusatzprojekt werden könnte. Das hat übrigens nicht die Polizei erfunden, vielmehr gab es Hinweise von außen. Wenn ich mich recht erinnere, war es die Universität Köln, die uns darauf hingewiesen hat, dass sie öfter merkwürdige Schwankungen hatte, auch wenn gar keine Erdbebensituation vorlag. Wir versuchen, das einzusetzen, um früh informiert und schnell da zu sein. Hinzu kommen viele andere Maßnahmen wie Sicherung durch Technik oder internationale Zusammenarbeit. Dieses Bündel – ich sage es ganz vorsichtig – scheint in den ersten Monaten dieses Jahres darauf hinzudeuten, dass wir vorankommen. Wir müssen das aber von Monat zu Monat beobachten.

20 Verschiedenes

hier: **Verfassungsschutzbericht 2023**

Vorsitzende Angela Erwin weist daraufhin, dass am 2. Mai 2024 sowohl die Vorstellung als auch die Auswertung des Verfassungsschutzberichts 2023 anstünden, weshalb die Ausschusssitzung an diesem Tag wahrscheinlich länger als üblich, längstens jedoch von 13:30 Uhr bis 18 Uhr, dauern werde.

(Es folgt ein nichtöffentlicher Sitzungsteil; s. nöAPr 18/66.)

gez. Angela Erwin
Vorsitzende

7 Anlagen

29.05.2024/04.06.2024

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 11. März 2024

Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde nach § 60 GO für die 29. Sitzung des Innenausschusses am 14. März 2024

Sehr geehrter Frau Vorsitzende,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die 29. Sitzung des Innenausschusses am 14. März 2024 aus dringlichem und aktuellem Anlass eine Aktuelle Viertelstunde nach § 60 GO zu folgendem Gegenstand:

Bielefeld: Hinrichtung auf offener Straße – Was sind die Hintergründe?

In der Bielefelder Innenstadt wurden am Samstagabend, den 9. März 2024, gegen 18:30 Uhr auf der Obernstraße in Höhe der Klasingstraße mindestens 16 Schüsse auf eine Männergruppe abgefeuert, die ein Café gerade verließen. Dabei trafen mehrere Projektile den 38 Jahre alten Profiboxer N. im Kopf, der daraufhin zusammenbrach und noch vor Ort verstarb. Der oder die Täter flohen sofort und befinden sich weiterhin auf der Flucht. Auch das Motiv ist noch unklar. Der Ablauf der Tat deutet jedoch auf eine regelrechte Hinrichtung hin.¹

Der 38-Jährige wurde bereits vor rund zehn Jahren während eines Streits in einem Imbiss schon einmal angeschossen. In der Folge gab es diverse Verfahren gegen ihn wegen Körperverletzung, Bedrohung, häuslicher Gewalt und Verstoßes gegen das Waffengesetz. Zudem hatte er bereits seit einiger Zeit Kontakt zum kriminellen Milieu.²

¹ Vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/regional/nordrhein-westfalen/regional/mord-in-bielefeld-ex-boxer-besar-nimani-38-starb-im-kugelhagel-87460286.bild.html>.

² Vgl. https://www.focus.de/panorama/welt/bielefeld-schuesse-in-der-innenstadt-ein-toter-er-soll-ex-profiboxer-sein_id_259745698.html.

Wir bitten die Landesregierung um einen umfassenden Sachstandsbericht zu den hier beschriebenen Ereignissen im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Wagner, MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

07.02.2024

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 22.02.2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 22.02.2024 folgende schriftliche Berichte:

1. Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023

In den vergangenen Jahren haben die Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte deutlich zugenommen. Nach einer am 16.09.2023 veröffentlichten Umfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland wurde in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022 in Nordrhein-Westfalen bei 20.163 Straftaten eine Polizistin oder ein Polizist als Opfer registriert. Zudem waren 421 Feuerwehkräfte und 518 sonstige Rettungskräfte von Angriffen betroffen. Schwere oder gefährliche Körperverletzungen erlitten in Nordrhein-Westfalen 795 Polizistinnen und Polizisten, 31 Feuerwehrleute und 64 sonstige Rettungskräfte.

Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte sind besonders niederträchtig, da es sich um Angriffe auf Menschen handelt, deren Einsatz für ein funktionierendes Gemeinwesen unabdingbar ist und die anderen Menschen in Notsituationen helfen. Nicht zuletzt ist es für die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats unabdingbar, dass solche Angriffe konsequent und ohne große zeitliche Verzögerungen geahndet werden. In der Vergangenheit wurden allerdings immer wieder Schwierigkeiten und Defizite im Hinblick auf die Überführung und zeitnahe Bestrafung von entsprechenden Tätern beklagt, so zum Beispiel nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022/2023.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht und um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Angriffe auf Polizeikräfte, Feuerwehrkräfte und sonstige Rettungskräfte wurden jeweils im Jahr 2023 registriert?
- Wie viele der angegriffenen Polizei-, Feuerwehr- oder sonstigen Rettungskräfte erlitten im Jahr 2023 schwere oder gefährliche Körperverletzungen?
- Wie viele Täter oder Täterinnen konnten im Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit Angriffen auf Polizeikräfte, Feuerwehrkräfte und sonstige Rettungskräfte ermittelt werden?
- Wie viele Täter oder Täterinnen wurden im Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit Angriffen auf Polizeikräfte, Feuerwehrkräfte und sonstige Rettungskräfte strafrechtlich verurteilt (bitte aufschlüsseln aufgrund welcher konkreten Delikte die Verurteilungen erfolgten)?
- Welche Maßnahmen ergreift bzw. welche weitergehenden Maßnahmen plant die Landesregierung aktuell zum Schutz von Einsatzkräften vor Angriffen?

2. Verdacht gegen einen angeblichen Ferienfreizeit-Anbieter wegen eines möglichen sexuellen Missbrauchs von Kindern

Nach Presseberichten vom 23.01.2024 wird gegen die Betreiber eines angeblichen Ferienfreizeit-Anbieters wegen des Verdachts auf möglichen sexuellen Missbrauch von Kindern ermittelt. Sie sollen demnach versucht haben, vor allem Alleinerziehende mit ihren Kindern auf vermeintliche Freizeiten in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen zu locken. Hinter diesen Angeboten soll ein angeblicher Verein namens "Ferien Spatz" stecken, der mutmaßlich seinen Sitz in Bochum hat. Die Stadt Essen bietet ein gleichlautendes Ferienangebot mit dem Namen Ferien Spatz e. V. an, das ausdrücklich nichts mit dem in Verdacht geratenen Verein zu tun hat.

Angebote mit Werbeflyern sollen auch über Soziale Medien - insbesondere in Gruppen für Alleinerziehende - verschickt worden sein. Sie sollen zu dem gefälschten Internetauftritt geführt haben. Aufmerksamen Internetnutzern soll das Angebot dubios vorgekommen sein, sie haben nach den Medienberichten deshalb die Polizei informiert. Nach Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft soll der Verdacht auf möglichen sexuellen Missbrauch von Kindern nach der Kontaktaufnahme bestehen. Die Ermittler gehen demnach davon aus, dass es sich bei dem Internetauftritt um ein Fake-Angebot unter der Nutzung falscher Personalien handelt, um so Kontakt zu Kindern zu bekommen und diese möglicherweise sexuell zu missbrauchen

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht zu dem Vorfall.

3. An Moscheegemeinden gerichtete Hassbotschaften in Bielefeld, Münster und Gelsenkirchen

Nach Pressemeldungen vom 06.02.2024 soll eine muslimische Gemeinde in Bielefeld Hassbotschaften über einen Lieferdienst erhalten haben. Unbekannte sollen demnach insgesamt 20 Speisen bestellt und in die Anmerkungen zur Bestellung Hassbotschaften geschrieben haben. Es soll sich dabei um Morddrohungen und fremdenfeindlichen Aussagen gehandelt haben, die auf den Kassenzetteln zu lesen gewesen seien. Die Aktion habe zu großer Besorgnis und Unruhe in der Gemeinde geführt, zumal es sich dabei nicht um den ersten und einzigen entsprechenden Vorfall gehandelt habe. Bereits im Dezember 2023 habe es ähnliche Bestellungen an die Moscheegemeinde gegeben. Zudem sollen ähnliche Fälle auch aus Münster, Gelsenkirchen und dem niedersächsischen Osnabrück bekannt geworden sein.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Sachstandsbericht zu den bisher bekannten Erkenntnissen im Hinblick auf die beiden Vorfällen in Bielefeld sowie die ähnlichen Vorfälle in Münster und Gelsenkirchen. Wir bitten insbesondere um Mitteilung über mögliche Erkenntnisse zu Tätern und über mögliche Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Taten.

4. Treffen der Reichsbürger-Gruppierung „Königreich Deutschland“ in Halle (Westfalen)

Am 29.01.2024 wurde in den Medien über ein Seminar der Reichsbürger-Gruppierung „Königreich Deutschland“ berichtet, das am Wochenende des 27./28.01.2024 in den Räumen eines Pflegedienstes in Halle (Westfalen) stattgefunden haben soll. Der Pflegedienst soll dabei von den Reichsbürgern über ihre Identität und den Inhalt der Veranstaltung getäuscht worden sein, indem die Veranstaltung von scheinbar harmlosen Interessenten als „Selbstfindungsseminar“ angemeldet worden sein soll. Bei den Betreibern des Pflegedienstes sorgte es demnach für großes Entsetzen, dass ein solches Treffen in ihren Räumen stattgefunden hat.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht und insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Gab es seitens der Sicherheitsbehörden im Vorfeld Kenntnisse über das beabsichtigte Treffen der Reichsbürger-Gruppierung „Königreich Deutschland“ in den Räumen des Pflegedienstes?
- Wenn dies der Fall gewesen sein sollte: Gab es die Möglichkeit einer vorherigen Warnung an die Betreiber des Pflegedienstes und - wenn dies der Fall war - wieso wurde eine solche Warnung unterlassen?
- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um ähnliche Vorfälle zukünftig zu verhindern?

- Welche Erkenntnisse gibt es über die aktuelle Zahl der Reichsbürger sowie die aktuellen Aktivitäten der Reichsbürger-Szene in Nordrhein-Westfalen bzw. über ihre entsprechenden Aktivitäten im Jahr 2023?

5. Festnahme eines Jugendlichen in Detmold wegen des Verdachts der Planung eines Sprengstoffanschlags

Nach Medienberichten soll die Polizei in Detmold am Morgen des 19.01.2024 einen 17-jährigen Jugendlichen festgenommen haben, der unter Verdacht geraten war, möglicherweise einen Sprengstoffanschlag zu planen. Demnach sei der Jugendliche auf frischer Tat ertappt worden, nachdem er in seine Schule eingebrochen war und dort Chemikalien geklaut hatte. Bei der Durchsuchung seines Zimmers sollen die Ermittler unter anderem Schwefelsäure gefunden haben. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden gegenüber der Presse soll der Tatverdächtige zudem bereits am Wochenende vor seiner Festnahme zweimal in die Schule eingebrochen sein, um aus den Chemieräumen Chemikalien zu stehlen. Nach Informationen des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" soll der Jugendliche Konvertit sein und der Polizei als Islamist bekannt sein. Er habe in einer ersten Vernehmung angeblich auch gesagt, ein Gebäude in die Luft sprengen zu wollen, ohne allerdings Menschen töten zu wollen.

Wir bitten um einen schriftlichen Bericht zu den bisherigen Erkenntnissen über den Vorfall.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdL)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdL)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

09.02.2024

Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Innenausschusses am 22.02.2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 22.02.2024 einen weiteren schriftlichen Bericht:

Verfall von Mehrarbeitsstunden bei der Polizei

Nach aktuellen Pressemeldungen hat das nordrhein-westfälische Innenministerium mit einer Rundverfügung vom 01.02.2024 klargestellt, dass bei der Polizei fünf Stunden Mehrarbeit pro Monat unter die «Bagatellgrenze» fallen und nicht angerechnet werden dürfen. In Polizeikreisen habe dieses Schreiben zu heftiger Kritik geführt. Die Gewerkschaft der Polizei teilte gegenüber der Presse mit, dass damit eine 24 Jahre alte Praxis über den Haufen geworfen werde, da trotz der «Bagatellgrenze» die ersten Überstunden bei der Polizei bisher dennoch als Arbeitszeit erfasst worden seien. Das werde nun formell unterbunden. Hingewiesen wurde darauf, dass die neue Regelung in Zeiten komme, in denen die Polizei bereits bis zum Limit durch zahlreiche Einsätze und Großveranstaltungen wie z.B. die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft belastet sei. Dies stehe im Gegensatz zum bisherigen Versprechen des Innenministers, dass unter ihm keine Mehrarbeitsstunden verfallen sollen.

Zudem werde befürchtet, dass viele Überstunden, die Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen über Jahre angesammelt haben, zum Jahreswechsel 2023/24 verfallen sind. Grund sei der Wegfall der bisherigen Ausnahmeregelung, nach der die sehr hohe Anzahl an Mehrarbeitsstunden, die

Polizistinnen und Polizisten in ihrem Berufsleben angehäuft haben, auch nach einer Verjährungsfrist von drei Jahren nicht verfielen. Um nach Auslaufen der bisherigen Regelung einen Verfall dieser Mehrarbeitsstunden zu vermeiden mussten die Polizisten und Polizistinnen nun beantragen, ihre Zeitpolster bis zum Jahreswechsel auf Langzeitarbeitskonten überschreiben zu lassen. Allerdings hätten dies sehr viele Beamte und Beamtinnen nach Einschätzung der GdP nicht getan. Zudem sei die Summe der auf die Langzeitkonten übertragbaren Stunden gedeckelt, so dass es für viele nicht ausgereicht habe, um das, was sie an Mehrarbeit angesammelt hatten, in vollem Umfang zu retten.

Nach den Presseberichten weiß derzeit niemand, wie viele der mehr als 40.000 Polizisten und Polizistinnen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich Langzeitarbeitskonten beantragt haben und wie viele Mehrarbeitsstunden mit dem Jahreswechsel tatsächlich verjährt sind. Das Innenministerium wird mit der Mitteilung zitiert, dass diese Daten nicht zentral erfasst würden.

Polizisten und Polizistinnen setzen sich täglich für die Sicherheit unseres Gemeinwesens ein. Es muss deshalb einen fairen Ausgleich für geleistete Mehrarbeit geben. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht. Dabei bitten wir insbesondere auch um Beantwortung der Frage, warum es keine zentrale Erfassung und Übersicht über die Beantragung von Langzeitarbeitskonten und den Verfall von Mehrarbeitsstunden gibt und was der Innenminister unternehmen wird, um einen massiven Verfall geleisteter Mehrarbeit zu vermeiden, insbesondere auch im Hinblick auf eine flexiblere Ausgestaltung der Langzeitarbeitskonten.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

01.03.2024

Beantragung von schriftlichen Berichten für die Sitzung des Innenausschusses am 14.03.2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 14.03.2024 folgende schriftliche Berichte:

1. Welche Maßnahmen werden gegen eine drohende Ausbreitung der Droge Fentanyl in Nordrhein-Westfalen ergriffen?

In Nordamerika sorgt seit einigen Jahren die Droge Fentanyl für eine verheerende Drogenkrise, die dort inzwischen zu zehntausenden Toten im Jahr führt. Bei Fentanyl handelt es sich eigentlich um ein Schmerzmittel, das zum Beispiel Krebspatienten bekommen. Das künstlich hergestellte Opioid wirkt ca. 100-mal stärker als Morphin und 50-mal stärker als Heroin. Daher wird es in der Medizin in der Regel erst dann eingesetzt, wenn schwächere Mittel keine Wirkung mehr zeigen. Wie auch andere schmerzlindernde Mittel wird Fentanyl oft als Droge missbraucht.

Nach Presseberichten stuft die US-amerikanische Drogenbehörde Drug Enforcement Administration (DEA) Fentanyl inzwischen als "die tödlichste Drogengefahr" für das Land ein. Aufgrund der Fentanyl-Epidemie sei die Lebenserwartung in den USA inzwischen gesunken. So seien dort im Jahr 2021 rund 107.000 Drogentote zu verzeichnen gewesen, wovon ca. 71.000 an synthetischen Opioiden starben - in den meisten Fällen an Fentanyl.

Es gibt demnach zudem Hinweise, dass Fentanyl immer öfter anderen Drogen beigemischt wird. So geht das dem US-amerikanischen Gesundheitsministerium unterstellte Center for Disease Control and Prevention (CDC) davon aus, dass inzwischen ein Großteil der Todesfälle und Überdosierungen beim Konsum von Kokain, Heroin oder Amphetaminen auf Fentanyl-Beimischungen zurückzuführen ist, von denen die Konsumenten nichts ahnen.

Nach aktuellen Presseberichten ist Fentanyl mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen aufgetaucht. So seien Spuren der Droge bei Schnelltests der Deutschen Aidshilfe in Drogenkonsumräumen in Düsseldorf, Wuppertal und Münster gefunden worden. Demnach waren in Münster acht von 296 Proben positiv, in Düsseldorf sieben von 215 und in Wuppertal drei von 696. Bundesweit lag die Trefferquote bei 3,6 Prozent. Experten gehen demnach davon aus, dass die Zahlen in Zukunft weiter steigen werden und dass viele Drogenkonsumenten auf synthetische Opiode wie Fentanyl umsteigen könnten und die aktuellen Nachweise in den Proben möglicherweise nur der Anfang einer weiteren Ausbreitung sein könnten. Erschwerend kommt nach den in der Presse zitierten Experten hinzu, dass die Taliban in Afghanistan den Anbau von Schlafmohn verboten haben. Dadurch könnte es weniger Heroin auf dem Markt geben und chemische Ersatzdrogen könnten zukünftig eine größere Rolle spielen.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen schriftlichen Bericht und insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie groß schätzt die Landesregierung die Gefahr im Zusammenhang mit einer Ausbreitung von Fentanyl und damit zusammenhängender Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen ein?
- Welche Erkenntnisse gibt es über die Herkunft des bisher in Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen entdeckten Fentanyls?
- Welche Erkenntnisse gibt es aktuell zu Tätern/Tätergruppen im Zusammenhang mit illegaler Herstellung von bzw. illegalem Handel mit Fentanyl, insbesondere im Hinblick auf den Bereich der Organisierten Kriminalität?
- Welche Konzepte bzw. Maßnahmen verfolgt die Landesregierung gegen eine drohende Ausbreitung von Fentanyl in Nordrhein-Westfalen und zur Bekämpfung von damit verbundener Drogenkriminalität?

2. Messerattacke eines Mannes auf zwei Kinder in Duisburg

In Duisburg-Marxloh sollen nach Medienberichten am 28.02.2024 zwei Kinder von einem Mann mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt worden sein. Der 21-jährige Tatverdächtige soll wegen des Verdachts des zweifachen versuchten Mordes in Untersuchungshaft sitzen. Zuerst soll der Mann auf ein neunjähriges Mädchen eingestochen haben, danach auf einen zehnjährigen Jungen. Ein Passant habe daraufhin eingegriffen, den mutmaßlichen Täter angeschrien und mit einer Taschenlampe beworfen. Daraufhin soll der Tatverdächtige den Passanten attackiert haben. Sein eigener Vater soll ihn daraufhin gestoppt und entwaffnet haben. Der Verdächtige soll seinem Vater gesagt haben, dass auf seinem Handy Informationen zu finden seien, die die Tat erklären. Nach dem Angriff sollen sich die verletzten Kinder in eine nahegelegene Schule gerettet haben. Sie seien danach zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht worden. Der 21-jährige Tatverdächtige sitzt nach Presseangaben wegen des Verdachts des zweifachen versuchten Mordes in Untersuchungshaft.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu den Hintergründen des Vorfalles. In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Mitteilung, wie sich - zumindest nach vorläufigen Erkenntnissen - die Zahl der Stichwaffenangriffe in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr 2022 entwickelt hat.

3. Wie soll ein reibungsloser Abtransport von Brennelementen des Forschungsreaktors Jülich sichergestellt werden?

Die noch ungelöste Frage des Abtransports der Brennelemente des Forschungsreaktors Jülich wird in den kommenden Monaten auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen beschäftigen. Im Falle einer Entscheidung für eine Verbringung der Castor-Behälter in das Zwischenlager Ahaus wird mit bis zu 152 Castor-Transporten durch NRW über einen Zeitraum von zwei Jahren gerechnet. Mehrere Probetransporte haben bereits stattgefunden. Sie wurden von umfangreichen polizeilichen Maßnahmen zur Sicherung der Transporte flankiert, die im Falle tatsächlicher Castor-Transporte noch einmal verstärkt werden müssten.

Vor dem Hintergrund zu erwartender personalintensiver Polizeieinsätze bitten wir um einen schriftlichen Bericht mit der Beantwortung folgender Fragen:

- In welchem Rahmen ist das Innenministerium an der politischen Entscheidung für oder gegen Castor-Transporte nach Ahaus beteiligt?
- Wie plant die Landesregierung einen möglichst reibungslosen Ablauf der Transporte sicherzustellen?

- Wie hoch ist nach Einschätzung des Innenministeriums der Personaleinsatz bei der Polizei im Falle von Castor-Transporten nach Ahaus?
- Wie bewertet das Innenministerium den Sicherungsaufwand und Personaleinsatz für die Castor-Transporte vor dem Hintergrund bevorstehender Großereignisse in Nordrhein-Westfalen, wie z.B. der Fußball-EM?
- Plant die Landesregierung im Zusammenhang mit den Castor-Transporten die Beteiligung von Polizeikräften anderer Bundesländer sowie der Bundespolizei?
- Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung den Schutz der Einsatzkräfte im Verlauf der Transporte sicherzustellen, insbesondere auch im Hinblick auf den Strahlenschutz?

4. Was beinhaltet die neue Fachstrategie Verkehr in Nordrhein-Westfalen?

Das Innenministerium hat Ende Februar eine neue Fachstrategie Verkehr für Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Wir bitten diesbezüglich um einen schriftlichen Bericht über den Inhalt dieser Strategie.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 4. März 2024

Beantragung von Tagesordnungspunkten für die 29. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 29. Sitzung des Innenausschusses am 14. März 2024 beantrage ich für die AfD-Fraktion die nachfolgenden Tagesordnungspunkte mit der Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Silvester 2022/2023 – Ein Jahr danach: Wie sieht die Bilanz aus?**

Die Bild-Zeitung nahm Ende Dezember 2023 das bevorstehende Silvester 2023/2024 sowie die vorliegende Statistik der Staatsanwaltschaft zum Anlass, um über den eskalierten Jahreswechsel 2022/23 zu berichten. Alleine Berlin verzeichnete demnach 69 Angriffe auf Feuerwehrleute sowie 56 Angriffe auf Polizisten. Insgesamt wurden 355 Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet und 145 Festnahmen vollzogen.¹

Bei der Staatsanwaltschaft registrierte man bislang 151 Verfahren in Zusammenhang mit der Silvesternacht. Dabei richteten sich 75 gegen unbekannte Täter. Bisher war es möglich, 89 Personen zu ermitteln. Zu den häufigsten Vorwürfen zählen unter anderem: Sachbeschädigung, Brandstiftung, Körperverletzung, Widerstand und tätlicher Angriff auf Beamte.²

22 Anklagen wurden vor einem Jugendrichter, vier vor einem Jugendschöffengericht und fünf vor einem Strafrichter erhoben. Als „endgültige Einstellung“ der Ermittlungen oder des Hauptverfahrens sind insgesamt 91 Fälle dokumentiert. In bisher 26 Gerichtsverfahren sind bislang

¹ Vgl. <https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/silvester-randale-151-verfahren-26-urteile-keiner-im-knast-86487490.bild.html>.

² Ebenda.

rechtskräftige Urteile gesprochen worden, die unter anderem mit Freiheitsstrafen auf Bewährung, Jugendarrest oder Geldstrafen endeten. Daneben gab es aber auch Freisprüche.³

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden im Zusammenhang der Silvesternacht 2022/2023 in Nordrhein-Westfalen eingeleitet?
2. Wie viele Festnahmen wurden im Zusammenhang der Silvesternacht 2022/2023 in Nordrhein-Westfalen vollzogen?
3. Wie viele Verfahren wurden im Zusammenhang der Silvesternacht 2022/2023 in Nordrhein-Westfalen bei der Staatsanwaltschaft registriert?
4. Wie viele Anklagen wurden im Zusammenhang der Silvesternacht 2022/2023 in Nordrhein-Westfalen erhoben? (Bitte nach Jugendrichter, Jugendschöffengericht und Strafrichter aufschlüsseln.)
5. In wie vielen Fällen wurde bisher eine „endgültige Einstellung“ dokumentiert? (Bitte die Fälle einzeln auflisten.)
6. In wie vielen Gerichtsverfahren sind bislang rechtskräftige Urteile ergangen? (Bitte die Urteile einzeln auflisten.)

II.

Silvesternacht 2023/2024: Wie schlimm war es diesmal?

Nach den schweren Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022/23 hatten sich insbesondere die Polizei und Rettungskräfte auf dieses Silvester vorbereitet, um besser gegen mögliche Eskalationen gewappnet zu sein. Obwohl es insgesamt etwas ruhiger als im Vorjahr ablief, gab es in der Silvesternacht erneut zahlreiche Angriffe gegen Einsatzkräfte. Nach Angaben des Stern wurden allein in Nordrhein-Westfalen 21 Polizisten verletzt. Im Zeitraum von Sonntagabend 18:00 Uhr bis Montagmorgen 06:00 Uhr zählte die Polizei in Nordrhein-Westfalen 1.186 Platzverweise und 25 vorläufige Festnahmen. 210 Personen seien von anderen Menschen verletzt worden.⁴

³ Ebenda.

⁴ Vgl. <https://www.stern.de/panorama/jahreswechsel--ausgelassene-silvesterfeiern---teils-schwere-zwischenfaelle-34326690.html>.

Vor allem in Recklinghausen verlief die Silvesternacht für die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr alles andere als ruhig. Unter anderem in den Städten Bottrop, Herten, Dorsten, Datteln und Oer-Erkenschwick kam es zu zahlreichen Einsätzen.⁵

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Vorfällen der Silvesternacht 2023/2024? (Bitte Tatverdächtige, Tathergang, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, seit wann die Tatverdächtigen im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind, Vornamen der deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen.)?
2. Wie viele Einsatzkräfte der Feuerwehr, Polizei und der Rettungsdienste wurden verletzt und mussten medizinisch versorgt werden?
3. Sind der Landesregierung besondere regionale Schwerpunkte bei den Ausschreitungen aufgefallen? (Bitte nach Städten und kreisfreien Städten aufschlüsseln.)
4. Gibt es aufgrund der statistischen Daten ein besonderes und/oder eine Häufung hinsichtlich des Profils der Tatverdächtigen? (Bitte nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund aufschlüsseln.)
5. Welche Parallelen respektive Gemeinsamkeiten sieht die Landesregierung beim Agieren der Tatverdächtigen in der letzten Silvesternacht im Vergleich zu den Ausschreitungen der Silvesternacht 2022/2023?

III.

Meinerzhagen: Jugendlicher verstirbt, weil er Streit schlichten wollte – Was sind die Hintergründe?

Am 30. Januar 2024 kam es gegen 18 Uhr in einem Skaterpark in Meinerzhagen zu einer brutalen Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen. Nach Zeugenaussagen soll dabei eine „arabisch-stämmige Gruppe“⁶ von etwa 15 Personen mit drei russisch- und ukrainisch-stämmigen Freunden aneinandergeraten sein, zu der auch der 16-Jährige S. gehört. Die beiden Gruppen sollen in der Vergangenheit bereits öfter miteinander in Konflikt gestanden haben. Als die Situation eskalierte und in Gewalt ausartete, versuchte der 16-Jährige die Situation zu beruhigen

⁵ Vgl. <https://www.recklinghaeuser-zeitung.de/kreis-re/attacken-auf-polizisten-und-rohe-gewalt-die-silvesterbilanz-des-polizeipraesidiums-recklinghausen-w825703-6000529910/>.

⁶ <https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/news-inland/meinerzhagen-nach-pruegel-attacke-im-skaterpark-filip-16-hirntot-87078450.bild.html>.

und zu schlichten. Daraufhin wurde ihm von den arabischen Beteiligten zuerst ins Gesicht geschlagen. Nachdem er auf dem Boden lag, sollen seine Angreifer weiter auf ihn eingeschlagen haben.⁷

Im Anschluss an den Angriff flüchteten die Täter und ließen den lebensgefährlich verletzten Jugendlichen zurück. Er wurde beim Eintreffen der Rettungskräfte von Notarzt und Sanitätern reanimiert und umgehend ins Krankenhaus gebracht, wo er auf der Intensivstation von lebenserhaltenden Maschinen unterstützt werden musste.⁸ Seine Lunge und sein Gehirn seien dabei am meisten geschädigt worden. Am Donnerstag, den 9. Februar 2024, erlag S. tragischerweise seinen Verletzungen. Laut Ergebnis der Obduktion sei eine „massive Hirnblutung“⁹ ausschlaggebend für den Tod des Jugendlichen gewesen. Dieses Aneurysma sei durch einen Schlag oder Sturz ausgelöst worden. Das Opfer sei in der Vergangenheit schon mehrfach in Schlägereien verwickelt gewesen, von denen auch Videoaufzeichnungen vorliegen. Im August 2023 wurde deswegen Anzeige erstattet, die allerdings zurückgezogen wurde, nachdem sich der Peiniger entschuldigte.

Psychologen sehen laut Bild-Zeitung die Ursache für die ansteigende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen darin, dass von diesen Gewalttaten Videoaufzeichnungen gemacht werden, da diese die Jugendlichen und ihr Verhalten verstärken würde. Außerdem haben Eltern wenig Kontrolle über das, was Kinder auf ihren Smartphones sehen und machen können, weshalb es häufig keine Konsequenzen für solchen Konsum gebe. Ein Mobbing-Experte¹⁰ fügte hinzu, dass die Schulen in der Pflicht stehen, solche Vorfälle als ihr Problem anzuerkennen. Im Anschluss an den Angriff auf S. nahm die Polizei die Ermittlungen auf, durchsuchte die Wohnungen von Tatverdächtigen und stellte teilweise Smartphones sicher. Der genaue Tatablauf sei aber noch ungeklärt. Der Bruder des Verstorbenen befürchtet, dass die Täter straffrei davonkommen könnten, da alle Verdächtigen minderjährig seien sollen.¹¹

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben beschriebenen Vorfall? (Bitte Tathergang, Vorstrafen der Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften der Tatverdächtigen, seit wann die Tatverdächtigen im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind, Vornamen und Mehrfachstaatsangehörigkeit bei deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über die Tatverdächtigen nennen.)
2. Wie viele Intensivtäter wurden und werden in Meinerzhagen seit 2010 bis heute geführt?
3. Welches Alter, Geschlecht und Nationalität haben die in Frage 2 abgefragten Intensivtäter? (Bitte bei Deutschen eine Mehrfachstaatsangehörigkeit extra ausweisen.)?

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ https://m.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/regional/im-skaterpark-warum-verhinderte-niemand-den-tod-von-filipp-16-87091766.bildMobile.html?t_ref=https%3A%2F%2Fwww.bild.de%2F.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ <https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/news-inland/meinerzhagen-nach-pruegel-attacke-im-skaterpark-filip-16-hirmtot-87078450.bild.html>.

4. Wie viele Straftaten gab es seit 2015 bis heute pro Jahr in Meinerzhagen? (Bitte nach Jahr und Delikt sowie Geschlecht der Täter aufschlüsseln.)
5. Welches Alter, Geschlecht und Nationalität haben die für die in Frage 4 abgefragten Straftaten verantwortlichen Tatverdächtigen? (Bitte bei Deutschen eine Mehrfachstaatsangehörigkeit extra ausweisen.)

IV.

Duisburg: Messerattacke an Grundschule

Erneut wurde eine Schule Schauplatz einer schweren Körperverletzung. Diesmal traf es eine katholische Grundschule in Duisburg-Marxloh. Am 28. Februar 2024 soll ein 21 Jahre alter Bulgare zwei Kinder im Alter von neun und zehn Jahren mit einer Taschenlampe geschlagen und mit einem Messer auf sie eingestochen haben, als sich diese auf dem Heimweg befanden. Beide Opfer schleppten sich blutend zur Schule zurück, wo eine Lehrerin anschließend den Notruf absetzte.¹²

Der mutmaßliche Tatverdächtige wurde von den ersten eingetroffenen Polizeibeamten festgenommen. Die beiden verletzten Kinder wurden noch in der Grundschule von Notärzten versorgt und anschließend in Krankenhäuser gebracht. Beide Opfer befinden sich außer Lebensgefahr, wobei das Mädchen jedoch schwere Stichverletzungen am Hals erlitten hatte.¹³

In der weiteren Berichterstattung ist von einem Hammer die Rede, mit dem der Tatverdächtige auf das neunjährige Mädchen und den zehnjährigen Jungen losgegangen sein soll. Als der Vater des Tatverdächtigen am Tatort eintraf, zog er seinen Sohn von den Kindern weg und hielt ihn bis zum Eintreffen der Polizei fest. Der Vater teilte mit, „dass sich sein Sohn in ‚komischen Chats‘ herumgetrieben habe. Teil seiner Krankheit war, dass er über Computer-Spiele, in denen Menschen getötet werden, eine Faszination für Mörder entwickelt hat. Kurz nach der Tat soll sein Sohn gegenüber Polizisten auch gesagt haben, dass seine Attacke eine Art Wette war, ob er sich traut, jemanden zu töten.“¹⁴

Des Weiteren teilte die Schulleiterin mit, dass in den kommenden Wochen ein Sicherheitsdienst auf dem Schulhof engagiert werde, um sichtbar Präsenz zu zeigen.¹⁵

¹² Vgl. <https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/regional/alarm-in-duisburg-zwei-schueler-verletzt-messer-attacke-an-grundschule-87332816.bild.html>.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. https://www.focus.de/panorama/welt/in-duisburg-mann-21-sticht-grundschueler-niederkinder-schleppten-sich-blutend-zur-schule-zurueck_id_259713286.html.

¹⁵ Vgl. <https://www.waz.de/staedte/duisburg/article241785464/Nach-Angriff-in-Marxloh-Sicherheitsdienst-auf-dem-Schulhof.html>.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben beschriebenen Vorfall? (Bitte Tathergang, Vorstrafen des Tatverdächtigen, Straftatbestände, Staatsbürgerschaften des Tatverdächtigen, seit wann der Tatverdächtige im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, Vornamen und Mehrfachstaatsangehörigkeit bei einem deutschen Tatverdächtigen und sonstige polizeiliche Erkenntnisse über den Tatverdächtigen nennen.)
2. [REDACTED]
3. [REDACTED]
4. [REDACTED]
[REDACTED]
5. [REDACTED]
[REDACTED]

V.**Oberhausen: Ukrainer sterben nach Messerattacke – Ermittler haben einen neuen Verdacht**

Wie der Focus berichtet, verfolgen Ermittler eine neue Spur nach der tragischen Messerattacke auf zwei ukrainische Basketballspieler. Sie gehen davon aus, dass die Bande um den mutmaßlichen Messerstecher V. bereits mehrere Opfer ins Visier genommen hat. Die Ermittler vermuten, dass die Bande ihre früheren Opfer versucht hat, zu provozieren, um sie dann abzuführen.¹⁶

Der Focus berichtet dazu:

„Vor diesem Hintergrund durchleuchtet die Essener Polizei sämtliche Strafsakten der Bande. Dutzende Zeugen wurden bereits verhört, Videos aus Überwachungskameras ausgewertet. Schließlich müssen die Strafverfolger jedem der vier Tatverdächtigen nachweisen, wie und wann er genau zugeschlagen oder das Messer benutzt hat. Eine kriminalistische Sisyphus-Arbeit, um ein Gesamtbild zum Ablauf des tödlichen Geschehens zu erstellen.“

¹⁶ Vgl. https://www.focus.de/panorama/welt/bluttat-in-oberhausen-ukrainer-sterben-nach-messerattacke-jetzt-haben-ermittler-einen-neuen-verdacht_id_259692240.html.

Problem: Alle vier Tatverdächtigen schweigen sich aus. Bei V. fand sich bei der Durchsuchung seines Zimmers ein Messer. Womöglich handelt es sich um die Tatwaffe. Noch aber steht das Ergebnis molekularbiologischer Untersuchungen aus, um den endgültigen Nachweis zu führen.“¹⁷

Wir bitten die Landesregierung um einen aktuellen schriftlichen Sachstandsbericht zu dem Vorfall.

VI.

Bahnhöfe in NRW – Orte der Gewalt – Wie sieht die Entwicklung aus?

Menschen werden auf Gleise geschubst, Bahn-Mitarbeiter angegriffen oder beleidigt, Messer werden gezogen und Frauen belästigt. Viele Bahnhöfe gelten schon länger als gefährliche Orte, egal ob es um Diebstahl oder um Gewalt geht; die Kriminalität nimmt zu. So gab es im ersten Halbjahr 2023 über 312 Gewalttaten allein am Kölner Hauptbahnhof. Damit liegt der Bahnhof in NRW auf dem ersten Platz.¹⁸

Im Jahre 2022 hat die Bundespolizei mehr als 23.000 Gewaltdelikte an deutschen Bahnhöfen und in Zügen festgestellt. Insbesondere Dortmund, Düsseldorf und Köln werden hierbei genannt. Demnach sei die Zahl der Gewaltdelikte in 2022 im Vergleich zu 2019 um 28,4 Prozent gestiegen.¹⁹

Erst Mitte Januar 2024 wurden zwei 19- und 21-Jährige in einem ICE von Bielefeld nach Hannover von der Bundespolizei festgenommen. Sie verhielten sich zuvor dem Zugpersonal gegenüber aggressiv und Fahrgäste berichteten, dass sie bewaffnet seien. Bei der anschließenden Kontrolle durch die Bundespolizei wurde neben einem gestohlenen Rucksack auch eine Softair-Pistole entdeckt. Zudem seien beide ohne Fahrkarte unterwegs gewesen.²⁰

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie viele Straftaten wurden an nordrhein-westfälischen Bahnhöfen und in Zügen in den Monaten Januar und Februar 2024 von der Bundespolizei im Vergleich zum selben Zeitraum des Jahres 2023 festgestellt?

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. https://www.tonight.de/koeln/polizei/kriminalstatistik-viele-gewalt-und-sexualdelikte-im-koelner-hauptbahnhof_292239.html.

¹⁹ Vgl. <https://www.ruhr24.de/nrw/nrw-dortmund-hauptbahnhof-nahverkehr-verkehr-oepnv-polizei-kriminalitaet-gefahr-duesseldorf-koeln-92462689.html#:~:text=NRW%2DBahn%3%B6fe%20in%20Dortmund%2C%20D%3%BCsseldorf,in%20Dortmund%2C%20D%3%BCsseldorf%20und%20K%3%B6ln>.

²⁰ Vgl. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Bewaffneter-Diebstahl-im-ICE-Bundespolizei-stellt-zwei-Maenner,aktuellhannover15240.html.

2. Wie viele der in Frage 1 abgefragten Straftaten sind Gewalttaten?
3. Welches Alter, Geschlecht und Nationalität haben die für die in Frage 1 abgefragten Straftaten verantwortlichen Tatverdächtigen? (Bitte bei Deutschen eine Mehrfachstaatsangehörigkeit extra ausweisen.)
4. Welche Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen gehören aktuell zu den fünf gefährlichsten Bahnhöfen?

Mit freundlichen Grüßen


Markus Wagner, MdL



Landtag Nordrhein-Westfalen - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL
- im Hause -



Düsseldorf, den 4. März 2024

Berichtswunsch für die Sitzung des Innenausschusses am 14. März 2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantragen wir im Namen der Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Tagesordnungspunkt:

Erfolgreicher Schlag gegen „Crimemarket“

Am 29. Februar 2024 ist den Ermittlungsbehörden aus NRW unter Sachleitung der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) in Kooperation mit internationalen Partnern ein Schlag gegen „Crimemarket“ gelungen. „Crimemarket“ war bis zur Beschlagnahme mit 180.000 registrierten Nutzern die größte deutschsprachige kriminelle Handelsplattform.

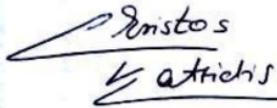
Auf der Plattform wurden neben Betäubungsmitteln und kriminellen Dienstleistungen auch detaillierte Anleitungen zu schweren Straftaten angeboten.

Die Sicherstellung ist das Ergebnis jahrelanger Ermittlungen einer Ermittlungskommission des Polizeipräsidiums Düsseldorf unter Sachleitung der ZAC NRW. Die internationale Aktion mit örtlichem Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen umfasste mehr als 100 Durchsuchungen, die Beschlagnahme der Server in Island und den Niederlanden sowie

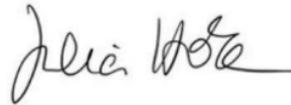
6 Festnahmen, darunter die des Hauptverdächtigen. Zudem konnte der gesamte Datenbestand der Plattform gesichert werden.

Wir bitten die Landesregierung um einen Bericht über die polizeilichen Erkenntnisse, die Auswirkungen der Beschlagnahme auf die Szene und die internationale Zusammenarbeit unter Sachleitung der ZAC.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Christos Katzidis in black ink, with the name written in a cursive style.

Dr. Christos Katzidis MdL

Handwritten signature of Julia Höller in black ink, with the name written in a cursive style.

Dr. Julia Höller MdL

Markus WagnerMitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Innenpolitischer Sprecher der AfD-LandtagsfraktionTel.: (0211)884-4517 (dienstlich)
E-Mail: markus.wagner@landtag.nrw.de**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf**Tel.: 0211 - 884 4551
Fax: 0211 - 884 3124
AfD-Fraktion@Landtag.NRW.deAfD-Landtagsfraktion NRW * Platz des Landtags 1 * 40221 DüsseldorfAn die Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL- im Hause -

Düsseldorf, 5. März 2024

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die 29. Sitzung des Innenausschusses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die 29. Sitzung des Innenausschusses am 14. März 2024 beantrage ich für die AfD-Fraktion den nachfolgenden Tagesordnungspunkt mit der Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung:

I.**Bedburg-Hau: Brandkatastrophe in einem Seniorenheim – Was sind die Fakten?**

Im niederrheinischen Bedburg-Hau nahe Kleve ereignete sich in der Nacht von Sonntag auf Montag, den 4. März 2024 ein furchterlicher Brand in einem Seniorenheim. Um 03:50 Uhr schlug die Brandmeldeanlage des zweigeschossigen Gebäudes im Stadtteil Qualburg an. Als die Feuerwehr, die in der Spitze mit 160 Einsatzkräften vor Ort war, am Ort des Geschehens eintraf, schlugen die Flammen bereits aus dem Fenster.¹

Das Altenheim wurde evakuiert und 46 Bewohner ins Freie gebracht. Allerdings kamen zwei Frauen und zwei Männer bei dem tragischen Brand ums Leben. Zudem wurden mindestens 23 Menschen verletzt, 21 zum Teil schwer. Von den verletzten Personen seien 21 Bewohner des Heims. Außerdem wurden ein Feuerwehrmann, ein Polizist sowie eine Pflegekraft ebenfalls verletzt und in ein Krankenhaus gebracht. Die Polizei hält es für möglich, dass noch weitere Verletzte hinzukommen. Erschwerend kam hinzu, dass es sich bei dieser Einrichtung nicht um ein gewöhnliches Pflegeheim handelte. Es seien auch Bewohner mit einer psychiatrischen Vorgeschichte untergebracht, die das Geschehene gar nicht einordnen können.²

¹ Vgl. <https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/regional/bebdurg-hau-altenheim-brand-durch-zigarette-im-zimmer-eines-bewohners-87390244.bild.html>.

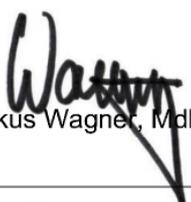
² Ebenda.

Nach Angaben der Feuerwehr sei das Gebäude nicht mehr bewohnbar, da die Brandmeldeanlage zerstört wurde. Nach Informationen der Bild-Zeitung soll der Brand im Zimmer eines Bewohners im hinteren Trakt ausgebrochen sein. Er überlebte die Katastrophe und soll Rettungskräften gegenüber angegeben haben, dass er heimlich geraucht habe.³ Die Überlebenden wurden mit Bussen in eine Mehrzweckturnhalle gebracht, die nun als Ausweichquartier diene.⁴ Vor dem Hintergrund dieser Brandkatastrophe sprach sich B. von der Deutschen Stiftung Patientenschutz dafür aus, dass jedes Patienten- und Personalzimmer mit selbstständigen Löschanlagen ausgestattet werden müsse. Er wies darauf hin, dass es bereits allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres 26 Mal in einem Pflegeheim gebrannt habe.⁵

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu dem oben beschriebenen Vorfall?
2. [REDACTED]
3. [REDACTED]
4. [REDACTED]
5. [REDACTED]

Mit freundlichen Grüßen


Markus Wagner, MdL

³ Ebenda.

⁴ Vgl. <https://www.welt.de/vermischtes/article250386306/NRW-Vier-Tote-und-23-Verletzte-bei-Brand-in-Seniorenheim.html>.

⁵ <https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/regional/bebdurg-hau-altenheim-brand-durch-zigarette-im-zimmer-eines-bewohners-87390244.bild.html>.